

FLASH EUROBAROMETER 584

Herausforderungen und Prioritäten der EU

EUROBAROMETER-BERICHT

Juni 2026



Flash-Eurobarometer
Herausforderungen und Prioritäten der EU

Umfrage von Demoscopy auf Ersuchen der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Öffentliche Meinung und Bürgerbeteiligung“ der GD COMM)

Dieses Dokument entspricht nicht dem Standpunkt der Europäischen Kommission. Die darin enthaltenen Interpretationen und Meinungen sind ausschließlich die der Autoren.

Projekttitel

Flash-Eurobarometer 584 – Herausforderungen und Prioritäten der EU

Bericht

EN

Katalognummer

NA-01-26-031-DE-N

ISBN

978-92-68-41278-7

doi: 10.2775/2560997

© Europäische Union, 2026

<https://europa.eu/eurobarometer>



*Eŭropo
Demokratio
Esperanto*

Dokument erstellt von Pierre Dieumegard für [Europokune](#)- Europa gemeinsam- and [Europe Democracy Esperanto](#).

Zweck dieses "vorläufigen" Dokuments ist es, mehr Menschen in der Europäischen Union in die Lage zu versetzen, Kenntnis von Dokumenten zu erlangen, die von der Europäischen Union erstellt (und durch ihre Steuern finanziert) werden.

Wenn es keine Übersetzungen gibt, werden die Bürger von der Debatte ausgeschlossen.

Dieses Dokument „Eurobarometer“ [existierte nur in englischer Sprache](#) in einer PDF-Datei. Aus der ersten Datei haben wir eine odt-Datei erstellt, die von der Libre Office-Software für die maschinelle Übersetzung in andere Sprachen erstellt wurde. Die Ergebnisse sind nun [in allen Amtssprachen verfügbar](#).

Es ist wünschenswert, dass die EU-Verwaltung die Übersetzung wichtiger Dokumente übernimmt. „Wichtige Dokumente“ sind nicht nur Gesetze und Verordnungen, sondern auch die wichtigen Informationen, die erforderlich sind, um gemeinsam fundierte Entscheidungen zu treffen.

Um unsere gemeinsame Zukunft gemeinsam zu diskutieren und zuverlässige Übersetzungen zu ermöglichen, wäre die internationale Sprache Esperanto aufgrund ihrer Einfachheit, Regelmäßigkeit und Genauigkeit sehr nützlich.

Kontaktieren Sie uns :

[Kontaktu nin-Ek ! auf Pinterest Eŭropo kune!](#)

<https://e-d-e.org/-Kontakti-EDE>

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	4
Wichtigste Feststellungen.....	6
1. Exposition und Risiken, denen Kinder in sozialen Medien ausgesetzt sind.....	8
1.1 Exposition und Reaktionen auf falsche und irreführende Informationen im Internet.....	8
1.2 Die Risiken, denen Kinder im Internet ausgesetzt sind, und ihr Schutz.....	12
2. Wahrnehmung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.....	17
2.1 Identifizierung der Säulen der Demokratie.....	17
2.2 Gemischte Zufriedenheit mit der Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und EU-Ebene.....	20
2.3 Skepsis gegenüber der Einflussnahme der Bürger auf die Entscheidungsfindung in der EU.....	24
3. Die Energiekrise.....	27
3.1 Erneuerbare Energien, die führende Maßnahme zur Abkehr von fossilen Brennstoffen.....	27
3.2 Steigende Energiepreise: Konsumabbau statt Strukturwandel.....	29
4. Wahrnehmung von Handelspolitik und wirtschaftlicher Souveränität.....	31
4.1 Zusammenarbeit bei Handelsverhandlungen.....	31
4.2 Diversifizierung der Handelsbeziehungen.....	33
5. Wahrnehmung der wichtigsten Herausforderungen der EU.....	35
5.1 Wahrnehmung der wichtigsten Herausforderungen der EU durch die Europäer.....	35
5.2 Prioritäten, die die Europäer von der EU erwarten.....	39
6. Sicherheit und Verteidigung der EU.....	42
6.1 Wahrgenommene Bedrohung der nationalen Sicherheit und Unterstützung der EU-Verteidigungsautonomie.....	42
6.2 Vertrauen in die EU zur Stärkung von Sicherheit und Verteidigung.....	45
7. Technische Spezifikationen.....	48
8. Questionnaire.....	50

Flash-Eurobarometer Herausforderungen und Prioritäten der EU

Einleitung

Die Europäische Union befindet sich in einer Zeit großer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Unsicherheit. Sicherheits- und Verteidigungsfragen, strategische Autonomie, Energiedruck, Wettbewerbsfähigkeit, demokratische Resilienz und Desinformation sind für die öffentliche Debatte über die Zukunft der EU von zentraler Bedeutung. Dieser Zusammenhang spiegelt sich in den jüngsten Eurobarometer-Ergebnissen wider: 68 % der Europäer sind sich einig, dass die Sicherheit ihres Landes im derzeitigen internationalen Kontext bedroht ist, eine Wahrnehmung, die von allen Mitgliedstaaten geteilt wird.¹ In diesem Zusammenhang liefern die Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger einen wichtigen Hinweis darauf, wie die Rolle, Stärken und Schwachstellen der EU in den Mitgliedstaaten verstanden werden. In einer früheren Flash-Eurobarometer-Umfrage, die im September 2025 veröffentlicht wurde, wurden bereits die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger zur Zukunft der Europäischen Union untersucht, einschließlich ihres Optimismus, ihrer Bewertung der wichtigsten Stärken und Herausforderungen der EU und ihrer Erwartungen in Bezug auf die wichtigsten politischen Prioritäten. Die Ergebnisse zeigten die anhaltende Bedeutung dieser Themen und bestätigten die Notwendigkeit, die Entwicklung der öffentlichen Meinung in einem sich schnell verändernden Umfeld zu überwachen.

Die Europäische Kommission leitet daher eine neue Flash-Eurobarometer-Umfrage ein, um die verfügbaren Erkenntnisse über die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger zu den Herausforderungen und Prioritäten, vor denen die Europäische Union im Jahr 2026 steht, zu aktualisieren und zu vertiefen. In der Umfrage wird gemessen, wie die Menschen in der gesamten EU-27 die wichtigsten Probleme der Union wahrnehmen, welche Bereiche ihrer Ansicht nach vorrangig berücksichtigt werden sollten und wie sie die breitere Ausrichtung der EU als Reaktion auf den derzeitigen und den sich

abzeichnenden Druck sehen. Es wird auch eine begrenzte Anzahl von Trendindikatoren aus der vorherigen Welle beibehalten, so dass Veränderungen im Laufe der Zeit zu ausgewählten Kernthemen wie Optimismus in Bezug auf die Zukunft der EU, wahrgenommene Stärken und Herausforderungen, politische Prioritäten, Demokratie, wirtschaftliches Vertrauen und Sicherheit bewertet werden können. Parallel dazu wird der Fragebogen Fragen behandeln, die für die aktuelle Agenda besonders relevant sind, darunter Verteidigung, strategische Autonomie, die Position der EU in der Welt, die Energiekrise, Innovation, Vereinfachung und Desinformation. Die Ergebnisse werden zeitnahe und vergleichbare Nachweise liefern, um die strategischen Überlegungen und Kommunikationsmaßnahmen der Kommission im Vorfeld der Rede zur Lage der Union im September 2026 zu unterstützen.

Im Namen der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation (GD COMM, Referat „Öffentliche Meinung und Bürgerbeteiligung“), befragte Demoscopy die allgemeine Bevölkerung ab 15 Jahren in allen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU).

Zwischen dem 19. und 24. Juni 2026 wurden 25.904 Interviews mit einem CAWI (Computer Assisted Web Interviewing) mit rund 1.000 Interviews in größeren Ländern und 500 Interviews in kleineren Ländern (LU, CY, MT) durchgeführt.

¹ Flash Eurobarometer 574, Die Europäische Union in Verteidigung und Weltraum, Europäische Kommission, GD DEFIS, Januar 2026, [Die Europäische Union in Verteidigung und Weltraum – Eurobarometer-Umfrage](#)

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

Anmerkungen

- Erhebungsdaten werden gewichtet
- Die Umfrageergebnisse unterliegen Stichprobentoleranzen, was bedeutet, dass nicht alle offensichtlichen Unterschiede zwischen Ländern oder Gruppen statistisch signifikant sein können.
- Wenn die Befragten mehr als eine Antwort auswählen konnten, kann die Summe der Antwortprozentsätze 100 % übersteigen.
- In diesem Bericht werden die Länder mit ihrer offiziellen Abkürzung wie folgt bezeichnet:

BE	Belgien	FR	Frankreich	NL	Niederlande
BG	Bulgarien	Pers onalab teilun g	Kroatien	AT	Österreich
CZ	Tschechien	IT	Italien	PL	Polen
DK	Dänemark	CY	Vertreter Zyperns*	PT	Portugal
DE	Deutschland	LV	Lettland	RO	Rumänien
EE	Estland	LT	Litauen	SI	Slowenien
IE	Irland	LU	Luxemburg	SK	Slowakei
EL	Griechenland	HU	Ungarn	FI	Finnland
ES	Spanien	MT	Malta	SE	Schweden

*Zypern als Ganzes ist einer der 27 EU-Mitgliedstaaten. Aus praktischen Gründen wurden Befragungen nur in dem von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Teil des Landes durchgeführt.

Wichtigste Feststellungen

Exposition und Risiken, denen Kinder in sozialen Medien ausgesetzt sind

- 58 % der Europäer stießen in den letzten sieben Tagen auf Inhalte, von denen sie sich nicht sicher waren, ob sie zuverlässig waren, und 57 % stießen auf Inhalte, die sie für falsch oder irreführend hielten. 42% glauben, dass sie auf Inhalte gestoßen sind, die Teil eines ausländischen Versuchs sein könnten, ihre Meinung zu beeinflussen, ein Anteil, der in Estland auf 55% und in Lettland auf 54% steigt, gegenüber 35% in den Niederlanden und Belgien.
- Bei verdächtigen Inhalten sind die Europäer fast gleichmäßig darauf verteilt, sie mit anderen Quellen zu vergleichen (33 %) und sie einfach zu ignorieren (32 %). Nur 15% melden es der Plattform, 15% diskutieren es mit Freunden oder Familie und 5% teilen es online.
- Die Europäer befürworten entschlossenere, regelbasierte Reaktionen auf Fehlinformationen: Verstärkte Sanktionen gegen illegale Inhalte (44 %) und strengere Plattformvorschriften (40 %) sind die beiden am häufigsten gewählten Maßnahmen, vor Bildung und Medienkompetenz (29 %).
- Sieben von zehn Europäern sind besorgt über die Risiken, denen Kinder im Internet ausgesetzt sind, von Cybermobbing oder Belästigung (71 %) bis hin zu Online-Grooming oder sexueller Ausbeutung (70 %). Die Mehrheit ist besorgt über jedes Risiko in jedem Mitgliedstaat.
- 63 % der Europäer wünschen sich verbindliche Vorschriften auf EU-Ebene, die den Zugang von Kindern zu sozialen Medien nach Alter einschränken: 36 % befürworten ein vollständiges Verbot unter einem bestimmten Alter, und 27 % befürworten einen verzögerten Zugang. Die Unterstützung beträgt in jedem Mitgliedstaat mehr als 50 %.

Wahrnehmung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

- Die Redefreiheit (34 %), freie und faire Wahlen (32 %) und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte (31 %) gelten als die wichtigsten Säulen der Demokratie in der EU.
- 51 % der Europäer sind mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit in ihrem eigenen Land zufrieden, gegenüber 47 % auf EU-Ebene (gleich 47 % unzufrieden). Die nationale Zufriedenheit reicht von 91 % in Luxemburg bis 29 % in Bulgarien.
- Keine Form des Bürgerhandelns über Wahlen hinaus wird von einer Mehrheit als wirksam angesehen: Die direkte Bürgerbeteiligung (z. B. eine Europäische Bürgerinitiative) steht mit 46 % an erster Stelle, während die Mitgliedschaft in einer Vereinigung oder NRO als die am wenigsten wirksame Maßnahme angesehen wird (35 %).

Die Energiekrise

- Der Ausbau der Kapazitäten für erneuerbare Energien ist die führende Maßnahme, die die Europäer mit dem Übergang der EU von fossilen Brennstoffen in Verbindung bringen, der erstens um 35 % und insgesamt um 56 % genannt wird, weit vor Energieeffizienzmaßnahmen (40 %) und nuklearen Lösungen (32 %).
- Angesichts steigender Energiepreise passen die Europäer ihr Verhalten hauptsächlich an, anstatt in strukturelle Lösungen zu investieren: 31 % reduzierten ihren Gesamtstromverbrauch und 27 % überwachten ihren Energieverbrauch genauer, verglichen mit nur 16 %, die in effiziente Geräte investierten, und 14 %, die erneuerbare Lösungen installierten. 11 Prozent haben überhaupt nichts unternommen.

Handel: Diversifizierung und Zusammenarbeit auf EU-Ebene

- 65 % der Europäer sind der Ansicht, dass die EU ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit durch eine Diversifizierung ihrer Handelsbeziehungen stärken sollte, und 62 % sind der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

durch gemeinsame Verhandlungen auf EU-Ebene bessere Ergebnisse erzielen sollten. Eine Mehrheit unterstützt beide Erklärungen in jedem Mitgliedstaat.

- Das Vertrauen in die EU ist der stärkste Motor der Unterstützung: Die Einigung über die handelspolitische Zusammenarbeit auf EU-Ebene liegt bei 72 % derjenigen, die der EU vertrauen, gegenüber 49 % derjenigen, die dies nicht tun.

Wahrnehmung der wichtigsten Herausforderungen und Prioritäten der EU

- Die Lebenshaltungskosten (39 %) sind nach wie vor die größte Sorge der Europäer vor dem Krieg in der Ukraine (33 %) und der irregulären Migration (32 %). Seit September 2025 ist die Besorgnis über die Lebenshaltungskosten gestiegen (+10 Prozentpunkte), während die Besorgnis über den Krieg in der Ukraine nachgelassen hat (-14 Prozentpunkte).
- Auf die Frage, was die EU priorisieren sollte, stellen die Europäer die irreguläre Migration

(25 %) und die Sicherheit und Verteidigung (24 %) kurz vor den Folgen des Klimawandels (21 %) und des Krieges in der Ukraine (20 %) in eine weitaus enger gegliederte Rangfolge als bei den wichtigsten Herausforderungen der EU.

Sicherheit und Verteidigung der EU

- 52 % der Europäer sind sich einig, dass die Sicherheit ihres Landes bedroht ist, 16 Punkte weniger als im Januar 2026. Trotz dieses Rückgangs sind 68 % der Ansicht, dass die EU ihre Fähigkeit stärken sollte, sich autonom zu verteidigen, und zwar mit einer Mehrheit in allen Mitgliedstaaten.
- 56 % der Europäer vertrauen darauf, dass die EU Sicherheit und Verteidigung stärkt und ihre Bürger besser schützt, was einem Anstieg um 4 Punkte seit Januar 2026 entspricht, einer geringeren Mehrheit als der Unterstützung des Grundsatzes der autonomen EU-Verteidigung.

1. Exposition und Risiken, denen Kinder in sozialen Medien ausgesetzt sind

1.1 Exposition und Reaktionen auf falsche und irreführende Informationen im Internet

In der Praxis stoßen die meisten Europäer jede Woche auf Inhalte mit zweifelhafter Zuverlässigkeit.

In der Praxis ist die Exposition gegenüber Online-Inhalten von zweifelhafter Zuverlässigkeit weit verbreitet. Die Frage bezieht sich nur auf die letzten sieben Tage, ein kurzes Zeitfenster, und doch war mehr als jeder zweite Europäer (58 %) auf Inhalte gestoßen, von denen sie sich nicht sicher waren, ob sie zuverlässig waren, darunter etwa jeder fünfte (22 %) täglich oder fast täglich. Ein ähnlicher Anteil (57%) war auf Inhalte gestoßen, die sie für falsch oder irreführend hielten, wieder etwa jeder fünfte (21%) jeden Tag oder fast jeden Tag. Die wahrgenommene Exposition gegenüber ausländischer Einflussnahme ist etwas weniger verbreitet, aber bei weitem nicht marginal: 42% waren auf Inhalte gestoßen, von denen sie glaubten, dass sie Teil eines Versuchs eines fremden Landes oder einer fremden Organisation sein könnten, ihre Meinung zu beeinflussen. Diese liegt zwar weiterhin unter der 50-Prozent-Marke, ist aber nach wie vor ein sehr bedeutender Anteil.

Zweifel an Informationen sind allgemein, aber die wahrgenommene ausländische Einmischung ist an der Ostflanke am höchsten

Die Häufigkeit der Exposition variiert in der EU, aber die Länder, die die häufigste Exposition melden, neigen dazu, dies bei allen drei Positionen gleichzeitig zu tun. Die regelmäßige Exposition gegenüber Inhalten mit zweifelhafter Zuverlässigkeit ist mindestens einmal pro Woche in den baltischen Staaten, Kroatien, Griechenland und Rumänien am höchsten, wo sie zwischen 65 % und 72 % liegt, und am niedrigsten in Frankreich (50 %), Deutschland (52 %), den Niederlanden (53 %) und Belgien (54 %). Das Ranking ist für Inhalte, die die Befragten für falsch oder irreführend hielten, nahezu identisch.

Die wahrgenommene Exposition gegenüber ausländischer Einmischung unterscheidet sich. Hier zeichnet sich ein klares geografisches Muster ab, da die Länder, die am häufigsten betroffen sind, diejenigen an der Ostflanke der EU sind, die Russland am nächsten liegt. Mindestens einmal pro Woche stoßen 55 % der Befragten in Estland, 54 % in Lettland, 52 % in Litauen, 50 % in Rumänien und 49 % in Polen auf Inhalte, von denen sie glauben,

Q13 Wie oft sind Sie in den letzten sieben Tagen online auf Informationen gestoßen, die Sie ...

Several times a week

■ Täglich oder fast täglich ■ Mehrmals pro Woche ■ Weniger häufig ■ Niemals ■ Weiß nicht

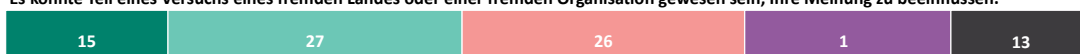
Sie waren sich nicht sicher, ob es zuverlässig war.



Fälschung oder Irreführung



Es könnte Teil eines Versuchs eines fremden Landes oder einer fremden Organisation gewesen sein, Ihre Meinung zu beeinflussen.



dass sie Teil eines Versuchs eines ausländischen

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

Landes oder einer ausländischen Organisation sind, die Meinung zu beeinflussen, verglichen mit einem Durchschnitt der EU-27 von 42 %. Am niedrigsten ist die Exposition in den Niederlanden und Belgien (jeweils 35 %), Frankreich (37 %) und Deutschland (38 %). Die Kluft ist noch größer in Bezug auf die gegenteilige Antwort: Etwa jeder vierte Befragte in Deutschland und den Niederlanden gibt an, nie auf solche Inhalte zu stoßen, während etwa jeder achte Befragte in den baltischen Staaten auf solche Inhalte stößt. Mehrere Länder, in denen allgemeine Zweifel an Informationen groß sind, wie Kroatien und Griechenland, berichten jedoch von einer viel geringeren wahrgenommenen Einmischung aus dem Ausland (45 % und 44 %), was darauf hindeutet, dass eine breite Skepsis gegenüber Online-Inhalten nicht automatisch zu einem Gefühl der absichtlichen Manipulation aus dem Ausland führt.

Häufige Exposition wird vor allem durch die Nutzung sozialer Medien und damit durch das Alter getrieben.

Die Art und Weise, wie diese Exposition verteilt wird, folgt einer ziemlich einfachen Logik: Je mehr eine Person soziale Medien nutzt, um auf dem Laufenden zu bleiben, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie auf Inhalte stößt, die sie für unzuverlässig hält. Die Nutzung von Social Media zur Information ist bei weitem der stärkste Faktor. Tägliche Nutzer berichten von einer wöchentlichen Exposition gegenüber Inhalten mit zweifelhafter Zuverlässigkeit viel häufiger als Nicht-Nutzer (63% gegenüber 34%), und die Lücke ist noch größer für wahrgenommene ausländische Einflussnahme (48% gegenüber 17%, wobei 41% der Nicht-Nutzer sagen, dass sie niemals auf solche Inhalte stoßen). Ein Alterseffekt ist ebenfalls vorhanden, obwohl er wahrscheinlich zum Teil mit der Nutzung sozialer Medien verbunden ist, da jüngere Menschen die stärksten Nutzer dieser Plattformen sind. Die Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren berichten am häufigsten über eine häufige Exposition, mit 71 % für den Inhalt der zweifelhaften Zuverlässigkeit und 53 % für den Verdacht auf ausländische Einflussnahme, verglichen mit 51 % bzw. 32 % bei Personen im Alter von 55 Jahren und darüber. Dies ist das Spiegelbild

des Musters, das aus Besorgnis über die Risiken für Kinder gesehen wurde, bei denen ältere Befragte herausragten. Die anderen Variablen zeigen in die gleiche Richtung. Befragte, die nicht berufstätig sind, von denen die meisten im Ruhestand sind, gehören zu den am wenigsten exponierten (51 % und 32 %), während Geschlecht, Bildung und Wohnort kaum einen Unterschied machen.

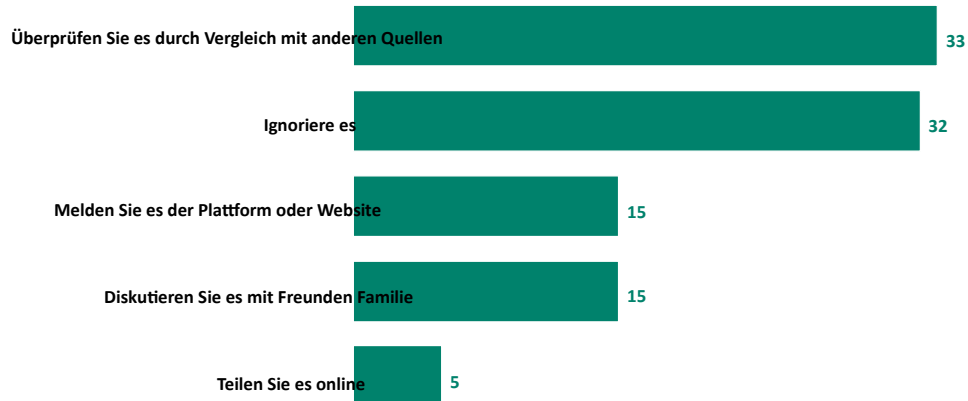
Die Europäer sind gespalten darin, verdächtige Inhalte zu überprüfen und sie einfach zu ignorieren.

Wenn sie auf Informationen stoßen, von denen sie denken, dass sie falsch oder irreführend sein könnten, sind die Europäer zwischen zwei sehr unterschiedlichen Reaktionen von fast gleichem Gewicht aufgeteilt. Ein dritter überprüft die Informationen, indem er sie mit anderen Quellen vergleicht (33%), während fast genauso viele sie einfach ignorieren (32%). Die Überprüfung ist daher die häufigste Antwort, jedoch nur mit einem geringen Abstand zum Rückzug. Die anderen Reaktionen sind seltener: 15% melden den Inhalt an die Plattform oder Website, und der gleiche Anteil (15%) diskutiert ihn mit Freunden oder Familie. Nur sehr wenige Befragte geben an, sie online zu teilen (5 %), was darauf hindeutet, dass die aktive Verbreitung von Inhalten, von denen angenommen wird, dass sie falsch sind, nach wie vor begrenzt ist.

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

F14 Wenn Sie online auf Informationen stoßen, von denen Sie denken, dass sie falsch oder irreführend sein könnten, was tun Sie normalerweise (Mehrere Antworten möglich)?



Das Gleichgewicht zwischen Überprüfung und Ignorieren ist von Land zu Land sehr unterschiedlich.

Während Kontrolle und Ignorieren auf EU-Ebene nahezu untrennbar miteinander verbunden sind, ist das Gleichgewicht zwischen den beiden Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Der Anteil, der die Informationen mit anderen Quellen vergleicht, ist ziemlich stabil, aber der Anteil, der sie einfach ignoriert, reicht von etwa einem von fünf bis zu mehr als vier von zehn. In Estland (40 % Scheck gegen 22 % Ignorieren) sowie in Polen, Österreich und Rumänien ist die Überprüfung eindeutig vorherrschend, während in Dänemark (41 % Ignorieren gegen 24 % Scheck), Kroatien (44 % Ignorieren gegen 28 % Scheck), den Niederlanden (42 % Ignorieren gegen 27 %) und Irland (40 % Ignorieren gegen 27 % Scheck) das Ignorieren dominiert. Die Neigung, Inhalte an die Plattform zu melden, variiert ebenfalls, von etwa 10 % in Finnland und Lettland bis zu mehr als 20 % in Portugal, Zypern und Rumänien.

Die Europäer geben festeren, regelbasierten Maßnahmen Vorrang vor weicheren Maßnahmen

Auf die Frage, welche Maßnahmen priorisiert werden sollten, um die negativen Auswirkungen falscher oder irreführender Informationen im Internet zu verringern, und in der Lage sein sollten, bis zu zwei auszuwählen, geben die Europäer

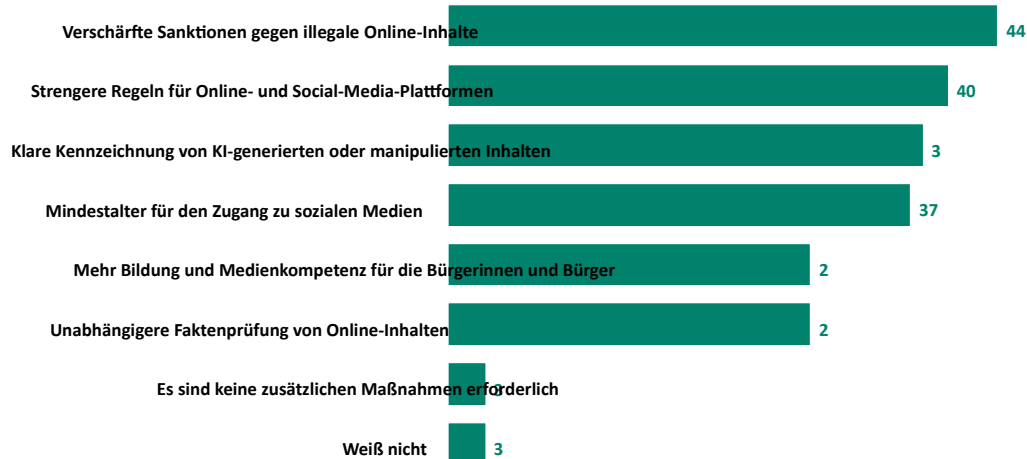
strengeren, regelbasierten Maßnahmen Vorrang. Die vier am häufigsten ausgewählten sind alle regulatorischer Natur und bündeln sich eng miteinander: strengere Sanktionen gegen illegale Online-Inhalte (44 %), strengere Vorschriften für Online- und Social-Media-Plattformen (40 %), eine klare Kennzeichnung von KI-generierten oder manipulierten Inhalten (38 %) und eine Mindestaltersgrenze für den Zugang zu sozialen Medien (37 %). Maßnahmen, die sich auf die Stärkung der Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger stützen, fallen geringer aus: Mehr Bildung und Medienkompetenz sowie eine unabhängige Faktenprüfung werden jeweils von 29 % gewählt. Fast niemand ist der Ansicht, dass keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich sind (3 %), was auf einen nahezu universellen Handlungsbedarf hindeutet.

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

Regulierungsmaßnahmen führen in fast allen Mitgliedstaaten

Q15 Welche der folgenden Maßnahmen sollte gegebenenfalls priorisiert werden, um die negativen Auswirkungen falscher oder irreführender Informationen über Online-? zu verringern? (*Mehrfachantworten möglich, maximal 2*)



Die Bevorzugung regulatorischer Maßnahmen findet sich in der gesamten Europäischen Union. Stärkere Sanktionen gegen illegale Online-Inhalte und strengere Vorschriften für Online- und Social-Media-Plattformen gehören in fast allen Mitgliedstaaten zu den am häufigsten gewählten Maßnahmen. Die Unterstützung für strengere Sanktionen ist in Portugal (52 %), Frankreich (50 %) sowie Spanien und Rumänien (jeweils 49 %) am höchsten und in Lettland (31 %) am niedrigsten. Die Maßnahmen, die auf der Stärkung der Bürger beruhen, nämlich mehr Bildung und Medienkompetenz und eine unabhängigere Faktenprüfung, rangieren in den meisten Ländern niedriger. Überall ist nur eine kleine Minderheit der Ansicht, dass keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich sind.

1.2 Die Risiken, denen Kinder im Internet ausgesetzt sind, und ihr Schutz

Eine breite und intensive Sorge um die Risiken

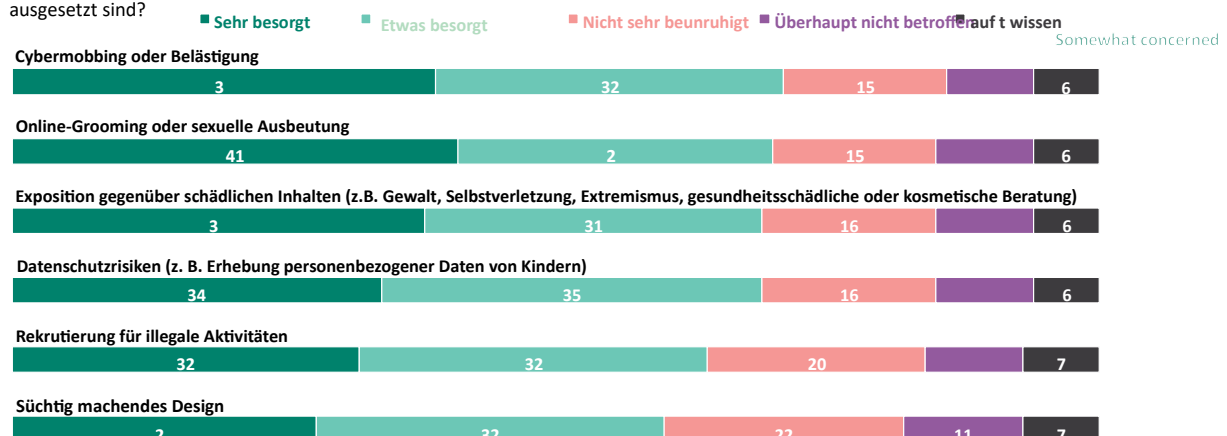
Die Ergebnisse zeigen, dass ein sehr großer Teil der Europäer über die verschiedenen Risiken besorgt ist, denen Kinder in den sozialen Medien ausgesetzt sein können. Für jedes der getesteten Risiken geben fast sieben von zehn Befragten an, besorgt zu sein, und die gemessenen Werte liegen insgesamt ziemlich nahe beieinander. Am größten ist die Besorgnis über Cybermobbing oder Belästigung (71 %) und Online-Grooming oder sexuelle Ausbeutung (70 %), gefolgt von schädlichen Inhalten wie Gewalt, Selbstverletzung oder Extremismus (69 %) und Datenschutzrisiken (69 %). Es ist etwas niedriger, wenn auch immer noch von einer klaren Mehrheit geteilt, für die Rekrutierung für illegale Aktivitäten (64%) und die suchterzeugende Gestaltung von Plattformen (60%). Ebenso bemerkenswert ist die Intensität dieser Sorge. Der Anteil der Befragten, die sagen, sie seien "sehr besorgt" und nicht nur "etwas besorgt", ist beträchtlich. Fast vier von zehn Europäern sind sehr besorgt über Online-Grooming oder sexuelle Ausbeutung (41 %), Cybermobbing oder Belästigung (39 %) und die Exposition gegenüber schädlichen Inhalten (38 %). Bei den Datenschutzrisiken (34 %), der Rekrutierung für illegale Aktivitäten (32 %) und der Suchtgestaltung (28 %) ist der Anteil etwas geringer, in absoluten

Zahlen jedoch nach wie vor hoch. Es ist erwähnenswert, dass diese Frage allen Europäern gestellt wurde, und nicht nur den Eltern, was die Breite der Besorgnis umso auffälliger macht. Schließlich antworten nur 6% bis 7% der Befragten mit "weiß nicht" über ein bestimmtes Risiko und zeigen, dass die Europäer in der Lage sind, sich in diesen Fragen zu positionieren.

Eine Mehrheit ist in jedem EU-Mitgliedstaat betroffen

In jedem Mitgliedstaat ist die Mehrheit der Befragten besorgt über jedes der getesteten Risiken. Selbst in den Ländern, in denen die Besorgnis am geringsten ist, wie Belgien, Deutschland, Frankreich, Ungarn und Österreich, sind rund sechs von zehn Befragten über jedes Risiko besorgt. Keine nationale Öffentlichkeit sticht daher als weitgehend unbesorgt hervor, und die zwischen den Ländern beobachteten Unterschiede sind vor allem Unterschiede des Grades. In einer Reihe südlicher und östlicher Mitgliedstaaten, von denen die meisten kleinere Länder sind, ist die Besorgnis größer. Bei der Exposition gegenüber schädlichen Inhalten reicht der Anteil der betroffenen Befragten von 63 % in den Niederlanden und 64 % in Deutschland und Belgien bis zu 0 % in Irland und 1 % in Portugal und erreicht in Malta und Zypern nahezu 0 %. Eine vergleichbare Verbreitung findet sich für Online-Grooming oder sexuelle Ausbeutung,

Q11 Wie besorgt sind Sie über die folgenden Risiken, denen Kinder in sozialen Medien ausgesetzt sind?



Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

von 64 % in den Niederlanden auf mehr als 90 % in Zypern, und für Cybermobbing oder Belästigung, das am weitesten verbreitete Anliegen von allen, das von 64 % in Deutschland bis 95 % in Malta reicht. Einige Länder zeichnen sich durch spezifische Risiken aus: So liegt die Besorgnis über die Rekrutierung für illegale Aktivitäten in Rumänien und der Slowakei bei 72 % und damit deutlich über dem EU-27-Durchschnitt von 64 %. Bei den sechs Risiken gehen die nationalen Besorgnisse in der Regel zusammen: Wenn die Befragten mehr über ein Risiko besorgt sind, sind sie in der Regel auch mehr über die anderen besorgt. Portugal, Estland, Irland und Litauen liegen bei allen sechs Risiken über dem Durchschnitt der EU-27, während Frankreich, Deutschland, Belgien und Ungarn bei jedem von ihnen unter dem Durchschnitt liegen. Die deutlichste Ausnahme ist das süchtig machende Design, das die größten Unterschiede zwischen den Ländern aufweist, von 50% in Frankreich und 52% in Schweden bis 90% in Malta. Frankreich und Schweden sind deutlich weniger besorgt über dieses Risiko als über die anderen, während Slowenien bei den meisten Risiken unter dem EU-27-Durchschnitt liegt, bei der Suchtgestaltung aber darüber. Die Besorgnis über die etablierteren Online-Gefahren wie Grooming oder Cybermobbing scheint daher in der gesamten Union gleichmäßiger geteilt zu werden als die Besorgnis darüber, wie Plattformen konzipiert sind, um die Aufmerksamkeit von Kindern auf sich zu ziehen.

Das Alter, weit mehr als das Geschlecht, sorgt für Besorgnis, wobei die über 55-Jährigen am meisten besorgt sind

Die Sorge über die Risiken, denen Kinder online ausgesetzt sind, ist bei Frauen etwas größer als bei Männern, obwohl der Unterschied bescheiden bleibt. Frauen sind etwas besorgter als Männer über Online-Grooming oder sexuelle Ausbeutung (72 % gegenüber 6 %) und über die Exposition gegenüber schädlichen Inhalten (70 % gegenüber 6 %), mit vergleichbaren Lücken bei den anderen Risiken. Der größte Unterschied bezieht sich auf das Alter. Die Befragten im Alter von 55 Jahren und älter sind deutlich besorgter als jüngere, und dies gilt für jedes getestete Risiko. So sind 75 % der Personen ab

55 Jahren besorgt über die Exposition gegenüber schädlichen Inhalten, 76 % über Online-Grooming und Cybermobbing und 75 % über Datenschutzrisiken, verglichen mit 62 %, 64 %, 65 % bzw. 62 % bei den 25- bis 39-Jährigen. Die anderen Altersgruppen sind ziemlich nah beieinander. Es ist bemerkenswert, dass die 25- bis 39-Jährigen in der Tat die am wenigsten betroffene Gruppe sind, obwohl diese Altersgruppe wahrscheinlich einen hohen Anteil der Eltern kleiner Kinder umfassen wird. Nach Beruf sind die Befragten, die keine berufliche Tätigkeit ausüben, am meisten betroffen, wobei die meisten Risiken bei rund 75 % liegen. Dieses Ergebnis ist wahrscheinlich teilweise mit dem Alter verwechselt, da diese Gruppe weitgehend aus älteren, pensionierten Menschen besteht. Die Zusammensetzung des Haushalts weist in die gleiche Richtung. Befragte ohne Kinder unter 15 Jahren sind stärker betroffen (72 % bis 74 % bei den meisten Risiken) als diejenigen, die mit drei oder mehr Kindern leben (rund 60 %). Auch hier hängt der Unterschied zumindest teilweise mit dem Alterseffekt zusammen, da ältere Befragte mit geringerer Wahrscheinlichkeit zu Hause lebende Kleinkinder haben.

Eine klare Mehrheit will verbindliche EU-Vorschriften zum Schutz von Kindern im Internet

Auf die Frage, welche Maßnahmen die EU ergreifen sollte, um den Schutz von Kindern im Internet zu stärken, befürworten die Europäer eindeutig verbindliche Vorschriften auf EU-Ebene. Die beiden Optionen, die EU-weite Vorschriften beinhalten, werden von insgesamt 63 % der Befragten gewählt: 36 % würden dafür sorgen, dass die EU Vorschriften erlässt, die Anbieter sozialer Medien daran hindern, ihre Dienste Kindern unter einem bestimmten Alter anzubieten, und weitere 27 % würden Anbieter dazu verpflichten, den Zugang von Kindern zu bestimmten unsicheren Plattformen unter einem bestimmten Alter zu verzögern. Weit weniger Befragte wenden sich anderen Ansätzen zu: 15 % würden der Stärkung der für die Strafverfolgung bereitgestellten Mittel Vorrang einräumen, und nur 13 % würden die Angelegenheit ohne zusätzliche

Flash-Eurobarometer
Herausforderungen und Prioritäten der EU

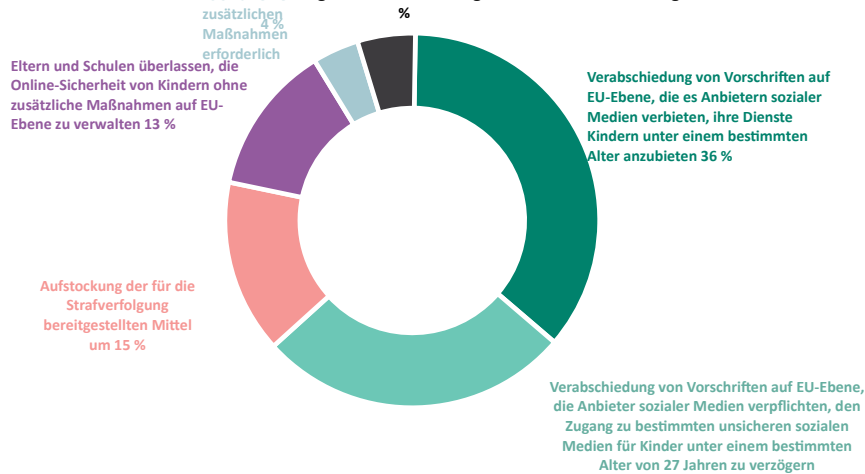
Maßnahmen auf EU-Ebene den Eltern und Schulen überlassen.

Nur 4 % sind der Ansicht, dass keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich sind, und 5 % gaben keine Stellungnahme ab.

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

F 12 Nach dem Gesetz über digitale Dienste (Digital Service Act, DSA) müssen Online-Plattformen Kinder besser vor Schäden schützen, die beispielsweise durch Cybermobbing, Grooming, die Exposition gegenüber gewalttätigem/extremistischem Material, süchtig machendes Design oder sogenannte Kaninchenlöcher entstehen könnten. Um den Schutz von Kindern im Internet weiter zu stärken, sollte die EU ihrer Meinung nach eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen ergreifen:



Die Unterstützung für EU-Vorschriften wird überall geteilt, mit schärferen Unterschieden bei einem vollständigen Verbot

Die Präferenz für Vorschriften auf EU-Ebene wird in allen Mitgliedstaaten mehrheitlich geteilt. Zusammengefasst werden die beiden Optionen, die EU-weite Vorschriften beinhalten, überall von mindestens einer Mehrheit unterstützt, von 54 % in Österreich bis zu etwa 70 % oder mehr in mehreren südlichen und östlichen Ländern wie Griechenland (74 %) sowie Portugal und Rumänien (beide 72 %). Die Unterstützung für EU-Maßnahmen zum Schutz von Kindern im Internet ist daher in der gesamten Europäischen Union weitgehend einvernehmlich. Die Unterschiede sind jedoch bei der Option eines vollständigen Verbots deutlicher, d. h. bei den EU-Vorschriften, die Anbieter sozialer Medien daran hindern, ihre Dienste Kindern unter einem bestimmten Alter anzubieten. Diese Option reicht von 27 % in Österreich und 28 % in Deutschland bis zu 44 % in Irland, Portugal, Rumänien, der Slowakei und Bulgarien und bis zu 49 % in Griechenland. Der Kontrast spiegelt einen Unterschied zwischen dem bevorzugten Instrument und dem Gesamtniveau der Unterstützung wider. In einigen Ländern neigt die Meinung zu einem vollständigen Verbot, wie in Griechenland (49 % gegenüber 25 % bei verspätetem Zugang), Irland (44 % gegenüber 19 %) und Bulgarien (44 % gegenüber 23 %). In anderen

Fällen befürwortet sie einen stärker abgestuften Ansatz auf der Grundlage von Zugangsverzögerungen, wie in Estland (41 % für Verzögerungen gegenüber 30 % für ein Verbot) und Slowenien (39 % gegenüber 30 %).

Die Unterstützung für ein völliges Verbot wächst mit dem Alter und unter denen, die am weitesten von sozialen Medien entfernt sind

Die Unterstützung für Vorschriften auf EU-Ebene ist in allen sozialen Gruppen stabil und liegt in fast allen zwischen 56 % und 69 %, was den bereits erzielten Konsens zwischen den Ländern auf individueller Ebene bestätigt. Wie bei den Ländern zeigen sich die Unterschiede bei der Wahl des Instruments und vor allem bei der Unterstützung eines völligen Verbots. Diese Unterstützung steigt mit zunehmendem Alter stetig an, von 29 % bei den Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren auf 43 % bei den 55-Jährigen und darüber. Ältere Befragte sind auch weniger geneigt, die Angelegenheit den Eltern und Schulen zu überlassen (11% gegenüber 18% der jüngsten). Der schärfste Kontrast bezieht sich jedoch auf die Nutzung von Social Media: Nichtnutzer unterstützen ein vollständiges Verbot am meisten (46%) und überlassen es am wenigsten Eltern und Schulen (6%), während sich eine Person, je mehr sie soziale Medien für Informationen nutzt, eher auf einen verzögerten Zugang als auf ein Verbot konzentriert. Die Anwesenheit von Kindern verstärkt

Flash-Eurobarometer
Herausforderungen und Prioritäten der EU

das Altersmuster. Befragte, die keine Kinder unter 15 Jahren haben, befürworten ein vollständiges Verbot (39%) mehr als diejenigen, die mit drei oder mehr Kindern leben (29%), die sich etwas mehr auf einen verzögerten Zugang konzentrieren. Geschlecht, Bildung und Wohnort machen dagegen kaum einen Unterschied.

2. Wahrnehmung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

2.1 Identifizierung der Säulen der Demokratie

Wenn es darum geht, Säulen der Demokratie in der EU zu identifizieren, steht die Redefreiheit an erster Stelle

Fast ein Drittel der Europäer bezeichnet die Meinungsfreiheit (34 %) als das wichtigste Element einer demokratischen Gesellschaft, gefolgt von freien und fairen Wahlen (32 %) und der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und des Schutzes der Grundrechte (31 %).

Während die demokratischen Grundfreiheiten bei weitem das größte Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sind, stehen auch die Bekämpfung der Korruption und die Unabhängigkeit der Institutionen im Vordergrund: Bekämpfung der Korruption (28 %), Unabhängigkeit des Justizsystems (26 %), Transparenz und Rechenschaftspflicht der politischen Entscheidungsträger (26 %).

Diese Elemente sind den Fragen im Zusammenhang mit dem demokratischen Pluralismus und dem zivilgesellschaftlichen Raum weit voraus: Beteiligung der Bürger an der öffentlichen Debatte und Entscheidungsfindung (22 %) sowie Freiheit und Unabhängigkeit der Medien (21 %).

Die Rechte von Minderheiten (14 %) und politischer Opposition (11 %) werden weitaus seltener genannt.

Die Ansichten darüber, was in einer Demokratie am wichtigsten ist, sind in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich.

Während die Meinungsfreiheit auf EU-Ebene das am häufigsten zitierte Element ist, ist ihre Bedeutung in der Europäischen Union unterschiedlich: Sie setzt sich tendenziell im Nordwesten durch, beispielsweise in den Niederlanden (45 %), Dänemark (44 %) und Schweden (41 %). Freie und faire Wahlen werden am häufigsten von Lettland (43 %), Rumänien (42 %) und Litauen (41 %) genannt.

Auf der anderen Seite wiegt die Korruption im Süden und Osten schwerer: in Bulgarien sind 50 % der Befragten der Ansicht, dass die Korruptionsbekämpfung das wichtigste Element einer Demokratie ist, die weit über dem EU-Durchschnitt liegt (28 %). Ähnlich hohe Anteile gibt es in Portugal (46 %), Kroatien (44 %) und Griechenland (42 %).

Die Achtung der Rechte von Minderheiten und der starke Widerstand gegen Kritik an der Regierung sind in allen Mitgliedstaaten recht gering und liegen nicht über 22 % (Luxemburg für Minderheitenrechte) bzw. 21 % (Malta für Opposition).

Q3 Welche der folgenden Elemente sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Elemente einer demokratischen Gesellschaft?



Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

Q3 Welches der folgenden Elemente sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Elemente einer demokratischen Gesellschaft?

Basis: EU27 (%)

	EU-27										Per son ala btei lung																	
	EU-27	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR		IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE	
	BE																											
Meinungsfreiheit / Meinungsfreiheit	34	38	22	33	44	38	33	32	32	24	36	31	36	29	27	26	32	29	29	45	37	34	25	30	28	30	36	41
Freie und faire Wahlen	32	33	35	37	36	38	38	37	20	26	26	31	23	21	43	41	28	36	32	43	35	39	28	42	30	32	41	41
Achtung der Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Grundrechte	31	26	28	32	32	31	32	28	35	35	29	32	36	33	29	19	35	33	37	23	31	25	36	34	39	36	33	29
Korruptionsbekämpfung	28	20	50	27	20	17	23	21	42	41	26	44	30	41	31	38	20	31	18	15	24	22	46	40	36	35	20	22
Ein unabhängiges Justizsystem	26	27	38	25	27	25	24	26	37	31	21	39	22	24	20	20	23	34	26	28	30	34	23	26	28	27	31	21
Transparenz und Rechenschaftspflicht der politischen Entscheidungsträger	26	25	25	25	22	19	28	31	32	35	29	28	29	38	22	35	31	28	32	21	20	22	37	24	26	22	21	20
Freiheit und Unabhängigkeit der Medien	21	17	18	24	21	21	26	19	18	19	18	20	22	19	21	26	25	20	25	24	21	31	16	15	27	21	22	26
Bürger können sich an der öffentlichen Debatte und Entscheidungsfindung beteiligen	22	21	29	19	22	23	29	24	24	20	25	26	22	23	21	25	30	16	24	21	20	20	20	18	27	20	23	24
Achtung der Rechte von Minderheiten	14	14	5	6	12	14	13	16	10	11	17	8	19	17	10	6	22	11	19	11	11	12	15	9	9	10	12	11
Eine starke Opposition, die in der Lage ist, die Regierung zu kritisieren	11	14	9	8	11	15	15	16	13	10	11	11	8	17	14	12	19	8	21	14	9	11	8	10	8	9	11	10

Soziodemografische Daten zeigen eine ausgeprägte Generationenkluft in der Vorstellung der europäischen Bürger von Demokratie

Die Befragten ab 55 Jahren weisen eine stärkere Berücksichtigung der institutionellen Säulen der Rechtsstaatlichkeit auf: Sie sprechen eher von freien und fairen Wahlen (38 % gegenüber 26 % bei den 15- bis 24-Jährigen), von Achtung und Grundrechten (38 % gegenüber 24 %), von einem unabhängigen Justizsystem (33 % gegenüber 18 %) und von Korruptionsbekämpfung (30 % gegenüber 21 %).

Umgekehrt befürworten jüngere Generationen eine partizipativere und inklusivere Vorstellung von Demokratie, wobei der Achtung der Rechte von Minderheiten (20 % der 15- bis 24-Jährigen gegenüber nur 11 % der 55-Jährigen und darüber) und der Fähigkeit der Bürger, sich an öffentlichen Debatten zu beteiligen, größere Bedeutung beigemessen wird (24 % gegenüber 21 %).

Dieselbe Verbundenheit mit der institutionellen Integrität findet sich auch bei Bürgerinnen und Bürgern, die der derzeitigen Funktionsweise der EU kritischer gegenüberstehen: Diejenigen, die mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit in der EU unzufrieden sind, rangieren eher in der

Flash-Eurobarometer
Herausforderungen und Prioritäten der EU

Korruptionsbekämpfung (31 % gegenüber 25 % bei den Befriedigten).

2.2 Gemischte Zufriedenheit mit der Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und EU-Ebene

Die Europäer sind uneins über die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere auf EU-Ebene.

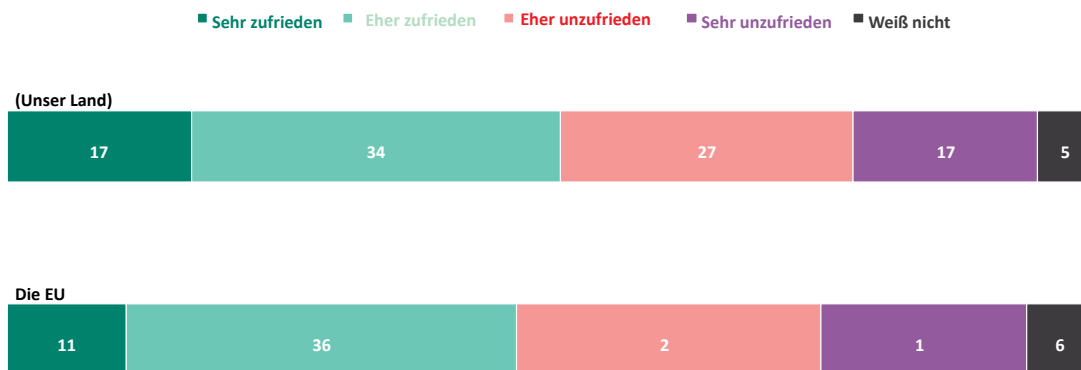
Eine knappe Mehrheit der Europäer ist mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit in ihrem eigenen Land zufrieden (51 %, davon 17 % sehr zufrieden und 34 % eher zufrieden), verglichen mit 44 %, die unzufrieden sind (27 % eher unzufrieden und 17 % sehr unzufrieden).

Auf EU-Ebene sind die Meinungen gleichmäßiger gespalten: 47% der Europäer sind mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit in der EU zufrieden (11% sehr zufrieden, 36% eher zufrieden), gegenüber einem gleichen Anteil von 47%, die unzufrieden sind (28% eher unzufrieden, 19% sehr unzufrieden), was darauf hindeutet, dass die Bürger die Rechtsstaatlichkeit auf EU-Ebene etwas kritischer betrachten als im eigenen Land.

Dänemark (71 % zufrieden: 43 % sehr zufrieden, 28 % eher zufrieden) und Estland (70 %: 32% sehr zufrieden, 38% eher zufrieden) zeigen ebenfalls eine deutlich positive Wahrnehmung. Diese fünf Länder zeichnen sich durch ihren besonders hohen Anteil an Bürgern aus, die "sehr zufrieden" sind (54 %, 46 %, 37 %, 43 % und 32 %), ein Niveau, das nirgendwo sonst in der EU erreicht wurde, wo dieser Anteil 21 % nicht übersteigt (Österreich, Litauen).

Am anderen Ende des Spektrums hat Bulgarien (29 % insgesamt zufrieden gestellt: 12% sehr zufrieden, 17% eher zufrieden, vs. 66% unzufrieden), Kroatien (32% zufrieden: 8% sehr zufrieden, 24% eher zufrieden, vs. 63% unzufrieden) und Griechenland (35% zufrieden: 13% sehr zufrieden, 22% eher zufrieden, vs. 62% unzufrieden) berichten über das niedrigste Maß an Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit im eigenen Land.

Q4 Insgesamt, wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit in



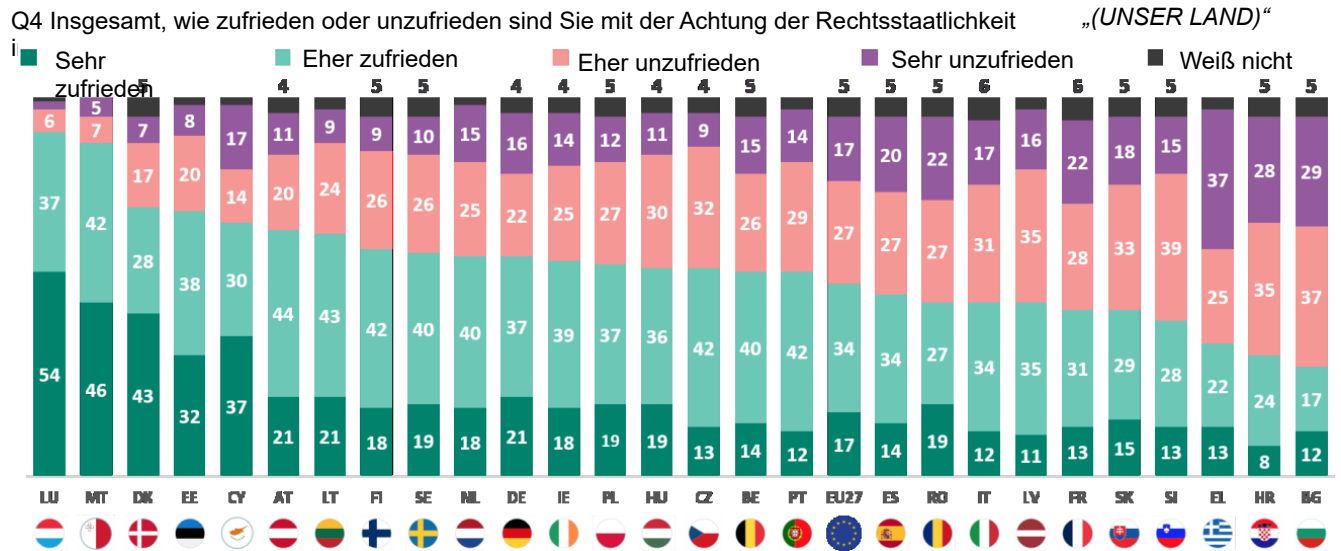
Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit spaltet die Mitgliedstaaten zutiefst

Die europäischen Bürger sind stark gespalten, wenn es um ihre Wahrnehmung der Rechtsstaatlichkeit in ihrem eigenen Land geht. Kleinere Mitgliedstaaten zeichnen sich durch besonders positive Ansichten aus: Luxemburg (91 % insgesamt zufrieden: 54% sehr zufrieden, 37% eher zufrieden), Malta (88%: 46% sehr zufrieden, 42% eher zufrieden) und Zypern (67%: 37 % sehr zufrieden, 30 % eher zufrieden) berichten alle von einem hohen Maß an Vertrauen in ihre nationale Rechtsstaatlichkeit.

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

Insgesamt reicht die Gesamtzufriedenheit von 1 % in Luxemburg bis 2 % in Bulgarien, was verdeutlicht, wie unterschiedlich die Rechtsstaatlichkeit in den einzelnen Mitgliedstaaten ist.



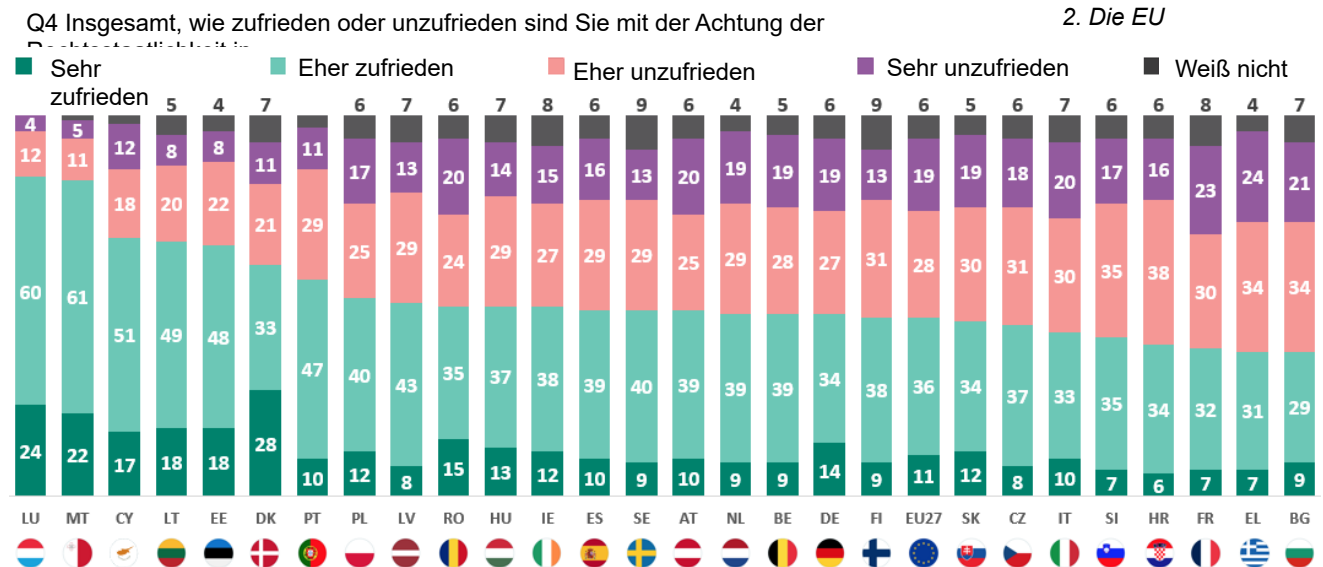
Flash-Eurobarometer Herausforderungen und Prioritäten der EU

Die Zufriedenheit auf nationaler und EU-Ebene mit der Rechtsstaatlichkeit tendiert dazu, sich anzunähern

Die Zufriedenheit mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit auf EU-Ebene spiegelt weitgehend das nationale Bild wider, wenn auch mit einem bemerkenswerten Konvergenzeffekt. Luxemburg (84 %) und Malta (83 %) sind nach wie vor mit Abstand am zufriedensten, gefolgt von Zypern (68 %), Litauen (67 %) und Estland (66 %), während Kroatien (40 %), Frankreich (39 %), Griechenland und Bulgarien (jeweils 38 %) die geringste Zufriedenheit verzeichnen, wobei Griechenland (24 %) und Bulgarien (21 %) ebenfalls die höchsten Anteile an Bürgern verzeichnen, die "sehr unzufrieden" sind.

Ein Vergleich dieser Ergebnisse mit der Zufriedenheit auf nationaler Ebene zeigt ein

35 % gegenüber 38 %, was darauf hindeutet, dass die EU in diesen Ländern als etwas beruhigenderer Bezugspunkt wahrgenommen wird.

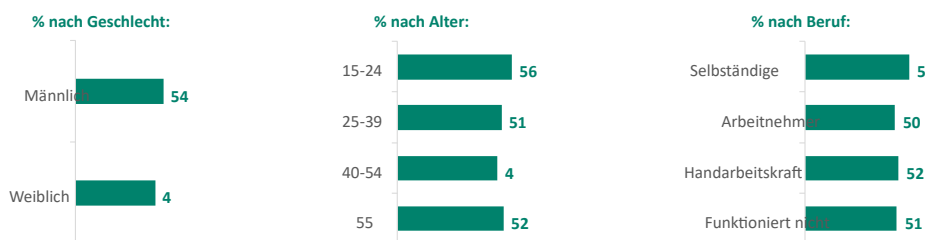


konvergierendes Muster: Länder, die mit der Rechtsstaatlichkeit im eigenen Land am zufriedensten sind, sind auf EU-Ebene tendenziell etwas weniger zufrieden (Luxemburg: 91 % auf nationaler Ebene gegenüber 84 % in der EU; Malta: 88 % vs. 83 %; Dänemark: 71 % vs. 61 %), in der Erwägung, dass Länder, die ihrer eigenen nationalen Rechtsstaatlichkeit am kritischsten gegenüberstehen, mit den EU-Mitgliedstaaten vergleichsweise zufriedener zu sein scheinen (Bulgarien: 29 % auf nationaler Ebene gegenüber 38 % in der EU; Kroatien: 32 % vs. 40 %; Griechenland:

Ein Kontrast zu dem beobachteten Muster hinsichtlich der wahrgenommenen Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit in ihrem Land

Auch die Zufriedenheit mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit variiert je nach soziodemografischem Profil. Männer (54%) berichten von etwas höherer Zufriedenheit als Frauen (vs.49%). Das Alter zeigt ein nichtlineares, U-förmiges Muster: Die Zufriedenheit ist bei den 15- bis 24-Jährigen am höchsten (56 %), sinkt stetig auf den niedrigsten Punkt bei den 40- bis 54-Jährigen (49 %), bevor sie bei den 55-Jährigen und darüber (52 %) wieder ansteigt. Dies steht im Gegensatz zu dem beobachteten Muster hinsichtlich der wahrgenommenen Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit (Q3), bei dem ältere Befragte sie am ehesten als zentralen demokratischen Grundsatz betrachteten. Selbstständige sind die zufriedenste Berufsgruppe (58 %), vor Arbeitnehmern (50 %), Arbeitern (52 %) und Nichterwerbstätigen (51 %).

Q 4 Insgesamt, wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit in IHRER LAND) Insgesamt zufrieden



2.3 Skepsis gegenüber der Einflussnahme der Bürger auf die Entscheidungsfindung in der EU

Die Europäer stufen Bürgerinitiativen und kollektive Maßnahmen als die wirksamsten Möglichkeiten ein, die EU über die Stimmabgabe hinaus zu beeinflussen.

Die Beteiligung an direkteren Formen der Bürgerbeteiligung, wie z.B. einer Europäischen Bürgerinitiative, wird als die wirksamste Maßnahme angesehen (insgesamt 46 % wirksam: 12 % sehr effektiv, 34 % ziemlich effektiv), gefolgt von der Teilnahme an politischen Bewegungen, Parteien oder Gewerkschaften (42 % insgesamt wirksam: 11% sehr effektiv, 31% ziemlich effektiv). Dennoch halten fast die Hälfte der Europäer diese beiden Maßnahmen für nicht wirksam (42 % bzw. 47 %).

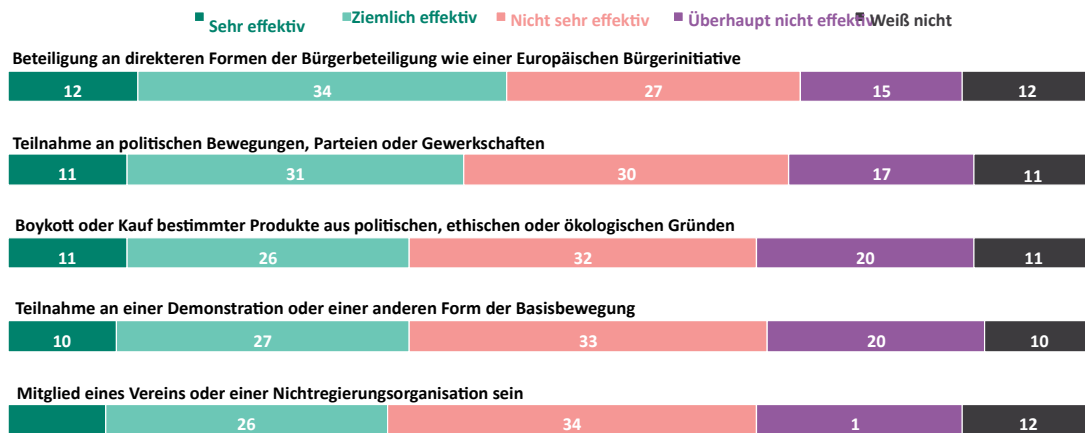
Der Boykott oder der Kauf bestimmter Produkte aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen und die Teilnahme an einer Demonstration oder einer anderen Form der Basisbewegung werden von einem ähnlichen Anteil der Befragten als wirksam angesehen (37 % insgesamt wirksam für beide), während die Mitgliedschaft in einer Vereinigung oder einer Nichtregierungsorganisation als am wenigsten wirksame Maßnahme angesehen wird (35 % insgesamt wirksam: 9% sehr effektiv, 26% ziemlich effektiv) und diejenige, die am häufigsten als überhaupt nicht effektiv angesehen wird (53 % insgesamt nicht effektiv, einschließlich 19 % "überhaupt nicht effektiv").

Insgesamt werden kollektivere Formen des Engagements, Bürgerinitiativen, politische Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften als wirksamer wahrgenommen als individuelle oder verbraucherorientierte Maßnahmen wie Boykott oder assoziative Beteiligung.

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

Frage 5: Sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, ob Sie der Meinung sind, dass sie die politische Entscheidungsfindung auf EU-Ebene über die Wahlen hinaus wirksam beeinflusst oder nicht.



Das Vertrauen in das Handeln der Bürgerinnen und Bürger ist in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich.

Betrachtet man die Ergebnisse auf Länderebene, so zeichnen sich Malta, Luxemburg und Zypern in allen fünf getesteten Formen des Engagements durchweg als die Mitgliedstaaten mit dem größten Vertrauen in die Wirksamkeit des Handelns der Bürgerinnen und Bürger aus, oft mit einem weiten Abstand über dem Durchschnitt der EU-27. So halten 84 % der maltesischen und 81 % der luxemburgischen Befragten die Mitgliedschaft in einer Vereinigung oder NRO für wirksam, verglichen mit nur 35 % auf EU-Ebene. Dies spiegelt das Muster wider, das bei der Zufriedenheit mit der Rechtsstaatlichkeit beobachtet wurde, wo dieselben drei Länder ebenfalls am höchsten rangierten, was auf ein breiteres Klima des institutionellen und staatsbürgerlichen Vertrauens in diesen Mitgliedstaaten hindeutet. Am anderen Ende des Spektrums liegt Frankreich bei den meisten getesteten Formen des Engagements, darunter politische Bewegungen, Parteien oder Gewerkschaften (32 %, der niedrigste Anteil in der EU) und die Teilnahme an Demonstrationen oder Basisbewegungen (29 %, der zweitniedrigste).

Jüngere Menschen sind daran interessiert zu denken, dass die Teilnahme an direkteren Formen der Bürgerbeteiligung wie einer Europäischen Bürgerinitiative die EU wirksam in der politischen Entscheidungsfindung beeinflussen kann.

Das Geschlecht scheint die Wahrnehmung nicht zu beeinflussen: Männer und Frauen werden mit gleicher Wahrscheinlichkeit direkte Formen der Bürgerbeteiligung wie eine Europäische Bürgerinitiative in Betracht ziehen, die die Entscheidungsfindung in der EU wirksam beeinflussen (jeweils 46 %).

Das Alter zeigt ein weniger lineares Muster: Die 15- bis 24-Jährigen halten diese Form der Teilnahme am ehesten für wirksam (53 %), verglichen mit 45 % bei den 25- bis 39-Jährigen, 43 % bei den 40- bis 54-Jährigen und 46 % bei den 55-Jährigen und darüber, was bedeutet, dass die jüngste Altersgruppe hervorsticht, während die anderen drei Altersgruppen relativ nahe beieinander liegen.

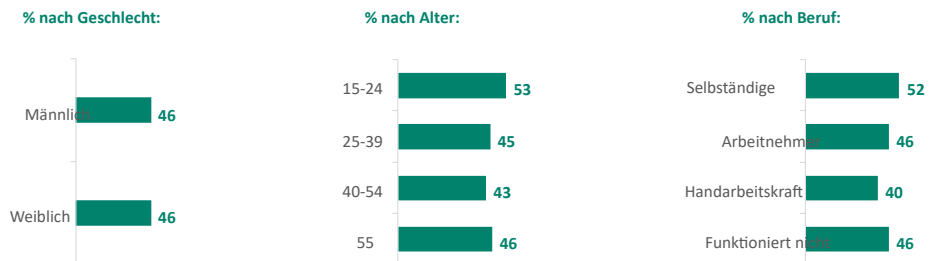
Beruf offenbart eine größere Kluft: Selbständige Befragten sehen die Bürgerbeteiligung am ehesten als wirksam an (52 %), vor Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen (jeweils 46 %), während Arbeiter am wenigsten überzeugt sind (40 %).

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

Frage 5: Sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, ob Sie der Meinung sind, dass sie die politische Entscheidungsfindung auf EU-Ebene über die Wahlen hinaus wirksam beeinflusst oder nicht.

Beteiligung an direkteren Formen der Bürgerbeteiligung wie einer Europäischen Bürgerinitiative Total effective



3. Die Energiekrise

3.1 Erneuerbare Energien, die führende Maßnahme zur Abkehr von fossilen Brennstoffen

Die Entwicklung erneuerbarer Energien ist die führende Maßnahme zur Abkehr von fossilen Brennstoffen, die von mehr als jedem zweiten Europäer erwähnt wird.

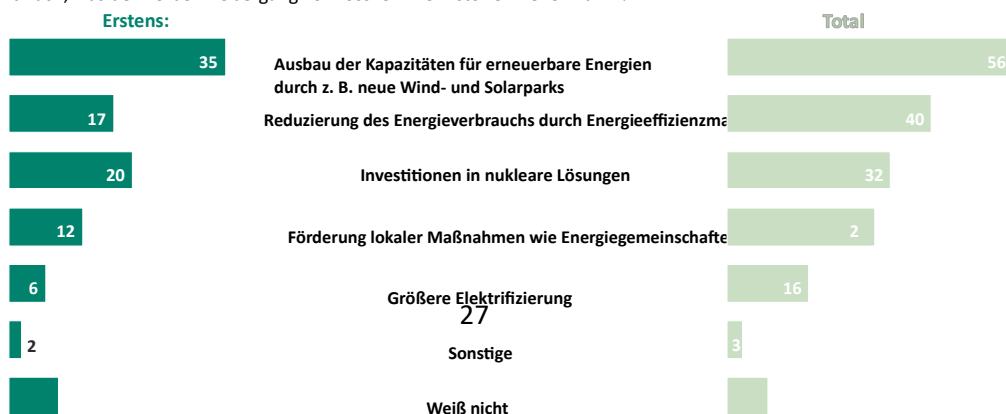
Was zuerst kommt, wenn die Europäer darüber nachdenken, was den Übergang der EU von fossilen Brennstoffen unterstützen kann, ist die Entwicklung von mehr Kapazitäten für erneuerbare Energien, beispielsweise durch neue Windparks und Solarparks (35 %). Es ist auch das am häufigsten zitierte Element (56 %), das die erneuerbaren Energien als den klaren führenden Hebel in den Köpfen der Menschen bestätigt.

Die Verringerung des Energieverbrauchs durch Energieeffizienzmaßnahmen (insgesamt 40 %) und Investitionen in nukleare Lösungen (32 %) folgen als die am häufigsten genannten Optionen, die jeweils von etwa einem Drittel bis zwei von fünf Europäern als Teil der Antwort gesehen werden. Die Förderung lokaler Maßnahmen wie Energiegemeinschaften (29 %) wird auch von fast drei von zehn Befragten erwähnt, was darauf hindeutet, dass neben großmaßstäblichen Lösungen ein echter Appetit auf dezentralere, gemeinschaftsorientierte Ansätze besteht. Eine stärkere Elektrifizierung wird dagegen viel seltener erwähnt (16 %), was darauf hindeutet, dass sie als weniger unmittelbarer oder weniger gut verstandener Hebel für die Abkehr von fossilen Brennstoffen angesehen wird.

Erneuerbare Energien dominieren vor allem im südlichen und östlichen Mittelmeerraum

Betrachtet man die Ergebnisse auf Länderebene, so spiegeln die Treiber der Transformation fossiler Brennstoffe die Energielandschaft jedes Landes wider. Die Unterstützung für nukleare Lösungen als erste Reaktion ist am höchsten in Polen (30 % gegenüber 20 % in der EU-27), Bulgarien und Schweden (je 25 %) und der Slowakei (24 %), in Ländern, die bereits nukleare Kapazitäten betreiben oder aktiv ausbauen, während sie in Zypern und Malta (10 %) sowie in Ungarn und Irland (11 %) am niedrigsten ist, von denen keines über ein Nuklearprogramm verfügt. Frankreich sticht als Ausnahme hervor: Trotz ihrer langjährigen Abhängigkeit von Kernenergie geben 20 % der französischen Befragten dies zunächst an (das entspricht dem Durchschnitt der EU-27) und führen stattdessen die EU bei Energieeffizienzmaßnahmen an (22 %, neben Luxemburg mit 23 %) und nicht bei erneuerbaren Energien, die sie weniger nennen als die meisten anderen Länder (30 %). Im Gegensatz dazu dominiert die Kapazität für erneuerbare Energien in Süd- und Südosteuropa, wobei Kroatien, Malta, Zypern, Ungarn und Spanien sie alle mit 44-46 % anführen und damit deutlich über dem EU-27-Durchschnitt von 35 % liegen, was wahrscheinlich auf ein stärkeres wahrgenommenes Solarpotenzial zurückzuführen ist. Auch lokale, gemeinschaftsbasierte Maßnahmen gewinnen zwischen der ersten und zweiten Erwähnung fast überall an Bedeutung (von 12 % bis 22 % auf EU-27-Ebene), insbesondere in Malta (13 % bis 29 %) und Zypern (14 % bis 28 %), was darauf hindeutet, dass diese Lösungen eher als wertvolle Ergänzung denn

Q9 Ihrer Ansicht nach, was der EU beim Übergang von fossilen Brennstoffen helfen kann ?



Flash-Eurobarometer
Herausforderungen und Prioritäten der EU

als oberste Priorität angesehen werden. Schließlich sind "weiß nicht"-Antworten in den nordischen und baltischen Ländern, Finnland und Schweden (12 %), Bulgarien, Tschechien und Dänemark (alle 10 %) häufiger als in Malta (1 %), Luxemburg (2 %) oder Spanien und Irland (jeweils 5 %).

Gender und Bildung prägen die Einstellung zur Kernenergie mehr als zu erneuerbaren Energien

Ein deutliches geschlechtsspezifisches Gefälle zeigt sich auch bei der Kernenergie, die von 35 % der Männer insgesamt im Vergleich zu 29 % der Frauen genannt wird, während die Ansichten zu erneuerbaren Energien bei den Geschlechtern weitgehend ähnlich sind.

Bildungsniveaus prägen die Einstellung zur Kernenergie mehr als zu erneuerbaren Energien: Die Unterstützung für nukleare Lösungen steigt von 24 % bei denjenigen mit dem niedrigsten Bildungsniveau auf 36 % bei den am besten ausgebildeten, was einer 12-Punkte-Lücke entspricht, während die erneuerbaren Energien nur geringfügig variieren (52 % bis 59 %). Befragte mit niedrigerem Bildungsniveau antworten auch deutlich häufiger mit "weiß nicht" (11 % gegenüber 5 % bei den Hochqualifizierten).

3.2 Steigende Energiepreise: Konsumabbau statt Strukturwandel

Angesichts steigender Energiepreise senken die Europäer ihren Verbrauch hauptsächlich, anstatt in strukturelle Lösungen zu investieren.

31 % der Europäer geben an, ihren Gesamtstromverbrauch als Reaktion auf den Anstieg der Energiepreise nach dem Beginn des Krieges im Iran gesenkt zu haben. Die zweithäufigste Maßnahme ist eine genauere Überwachung ihres Energieverbrauchs (27 %), gefolgt von einer Verringerung des Heiz- oder Kühlverbrauchs (26 %). Die Anpassung des Energieverbrauchs, um von niedrigeren Preisen oder Nebenverkehrszeiten (20 %) zu profitieren, und die Änderung der Verkehrsgewohnheiten (19 %) gehören ebenfalls zu den am häufigsten gemeldeten Maßnahmen, was zeigt, dass die Europäer ihr Verhalten in mehreren Bereichen über Heizung und Strom hinaus anpassen.

Strukturellere und oft kostspieligere oder längerfristige Lösungen werden dagegen weitaus seltener genannt: Investitionen in energieeffiziente Geräte (16 %), der Vergleich oder Wechsel von Energieversorgern oder Verträgen (14 %), die Installation von Lösungen für erneuerbare Energien wie Sonnenkollektoren (14 %) und die Verbesserung der Hausisolierung (13 %) hinken den oben genannten Verhaltensanpassungen deutlich hinterher. Digitale Instrumente zur Steuerung des Energieverbrauchs (9 %) und zum Beitritt zu einer

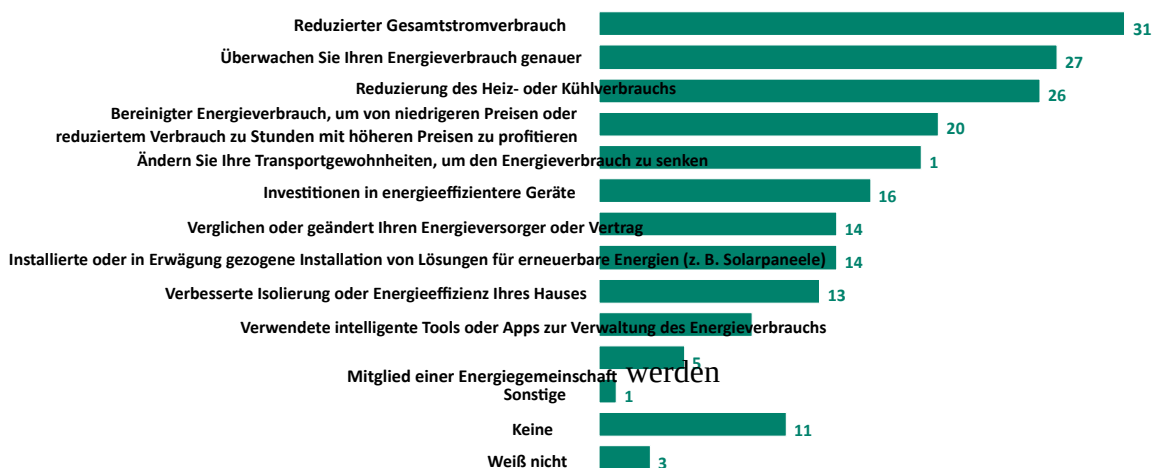
Energiegemeinschaft (5 %) werden noch seltener erwähnt, was bestätigt, dass alltägliche Verhaltensänderungen vor jeder investitionsbasierten Lösung bei weitem die bevorzugte Reaktion auf steigende Preise sind.

Während 11% der Europäer angeben, dass sie ihre Energieverbrauchsgewohnheiten überhaupt nicht geändert haben, sagen nur 3%, dass sie es nicht wissen, was darauf hindeutet, dass die meisten Europäer ein ziemlich klares Gefühl dafür haben, ob und wie sie ihr Verhalten angepasst haben.

Griechenland und Frankreich senken den Verbrauch am stärksten, während Malta und Luxemburg am meisten in strukturelle Lösungen investieren

Mit Blick auf die Ergebnisse auf Länderebene zeichnen sich Griechenland und Frankreich durch die Intensität ihrer verhaltensbezogenen Reaktion aus und zählen bei mehreren Maßnahmen gleichzeitig zu den Top-Ländern: Griechenland ist führend bei der Senkung des Stromverbrauchs (43 % gegenüber 31 % in der EU-27), der Verringerung des Wärme- oder Kälteverbrauchs (36 % gegenüber 26 % in der EU-27) und dem Wechsel des Energieversorgers (20 % gegenüber 14 % in der EU-27), während Frankreich auch zu den drei führenden Ländern bei der Senkung des Stromverbrauchs (36 % gegenüber 31 % in der EU-27), der Verringerung des Wärme- oder Kälteverbrauchs (34 % gegenüber 26 % in der EU-27) und der Änderung der Verkehrsgewohnheiten

Q10 Welche der folgenden Maßnahmen haben Sie als Reaktion auf den Anstieg der Energiepreise nach dem Beginn des Krieges im Iran (Ende Februar 2026) ergriffen, um Ihren Energieverbrauch aktiver zu reduzieren?



Flash-Eurobarometer Herausforderungen und Prioritäten der EU

(27 % gegenüber 19 % in der EU-27) zählt, was darauf hindeutet, dass diese beiden Länder insgesamt die breitesten Anstrengungen unternommen haben, um ihren Energieverbrauch zu senken.

Malta führt die Liste der intelligenten Werkzeuge oder Apps an (27 %), der Hausisolierung (25 %), der energieeffizienten Geräte (24 %) und des Beitritts zu einer Energiegemeinschaft (14 %), wobei Luxemburg bei den gleichen Themen stets den zweiten oder dritten Platz belegt (28 % für die Installation erneuerbarer Lösungen, 22 % für intelligente Werkzeuge, 13 % für Energiegemeinschaften), ein Muster, das wahrscheinlich damit zusammenhängt, dass es sich um kleinere, wohlhabendere Länder handelt, in denen teurere Investitionen leichter zugänglich sind.

Am anderen Ende des Spektrums verzeichnet Finnland mit Abstand den höchsten Anteil der Befragten, die überhaupt keine Maßnahmen ergriffen haben (25 % gegenüber 11 % in der EU-27), kombiniert mit einigen der niedrigsten Werte bei fast allen Verhaltenshebeln (13 % für die Verringerung des Heiz- oder Kühlverbrauchs, 9 % für energieeffiziente Geräte, 2 % für Energiegemeinschaften), die möglicherweise bereits regulierte oder vergleichsweise niedrige Energiepreise oder einen bereits energieeffizienten Wohnungsbestand widerspiegeln. Lettland, Litauen und die Slowakei weisen ein weitgehend ähnliches Profil auf, wobei ein hoher Anteil der "Keine"-Antworten (18-20 %) zu verzeichnen ist. Slowenien und Kroatien zeichnen sich insbesondere durch die Anpassung des Energieverbrauchs aus, um von Nebenzeiten zu profitieren, die von 38 % bzw. 31 % der Befragten genannt werden und deutlich über dem EU-27-Durchschnitt von 20 % liegen, was auf potenziell besser entwickelte oder attraktivere Zeit-of-Use-Preissysteme in diesen beiden Ländern hindeutet.

Schließlich verbinden Rumänien und Bulgarien ein starkes Engagement bei der Überwachung des Verbrauchs (36 % und 24 %) und Investitionen in effiziente Geräte oder Isolierungen (20–23 %) mit

einer besonders geringen Neigung zum Wechsel des Energieversorgers (5 % in beiden Ländern), was einen weniger wettbewerbsfähigen oder weniger zugänglichen Energiemarkt widerspiegeln könnte.

Das Alter ist ein Motor für das Engagement bei der Verringerung des Energieverbrauchs

Soziodemografische Aufschlüsselungen zeigen ein klares Generationenmuster, wie die Europäer auf steigende Energiepreise reagiert haben: Ältere Befragte (55+) haben mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit ihren Stromverbrauch gesenkt (38 % gegenüber 23-24% bei den unter 40-Jährigen) und ihren Energieverbrauch genauer überwacht (32 % gegenüber 22 %), während jüngere Befragte sich durch den verstärkten Einsatz intelligenter Tools oder Apps auszeichnen (13 % bei den 15- bis 24-Jährigen gegenüber 7 % bei den 55+) und durch den Beitritt zu einer Energiegemeinschaft (7 % gegenüber 2 %).

4. Wahrnehmung von Handelspolitik und wirtschaftlicher Souveränität

4.1 Zusammenarbeit bei Handelsverhandlungen

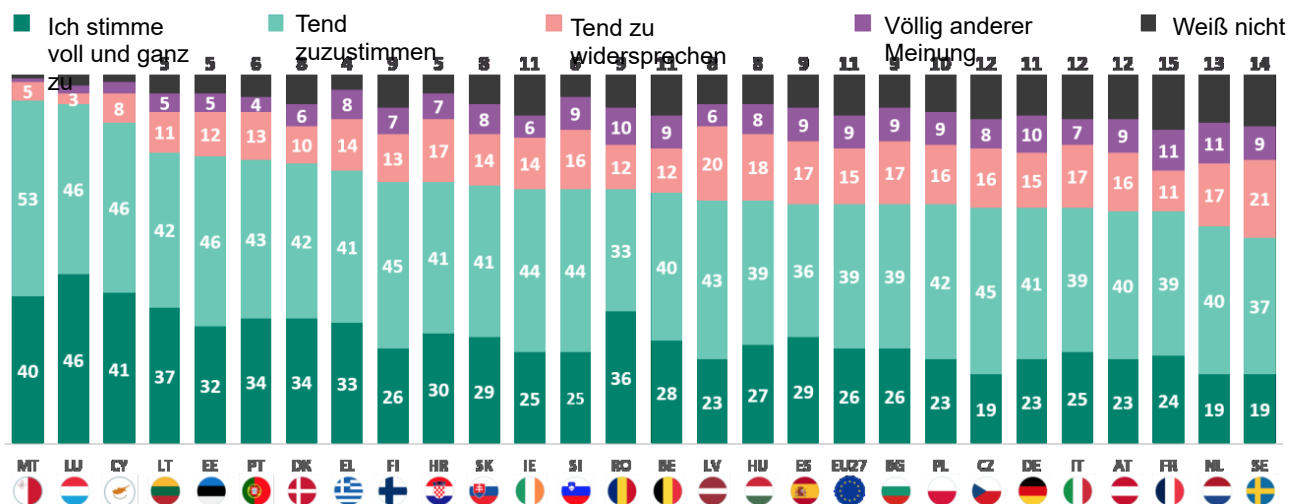
Zwei Drittel der Europäer sind der Ansicht, dass die EU ihren Handel diversifizieren sollte und dass die Mitgliedstaaten gemeinsam besser verhandeln sollten.

65 % der Europäer sind sich einig, dass die EU ihre

Ein sehr ähnliches Muster zeichnet sich bei der Zusammenarbeit auf EU-Ebene bei Handelsverhandlungen ab: 62 % der Europäer sind der Meinung, dass die Mitgliedstaaten durch eine Zusammenarbeit auf EU-Ebene bessere Ergebnisse erzielen können (23 % stimmen voll und ganz zu, 39 % stimmen zu). 27% sind anderer Meinung (10% insgesamt, 17% tendieren dazu), und wieder einmal

Q6 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

Die EU sollte ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken, indem sie ihre Handelsbeziehungen diversifiziert.

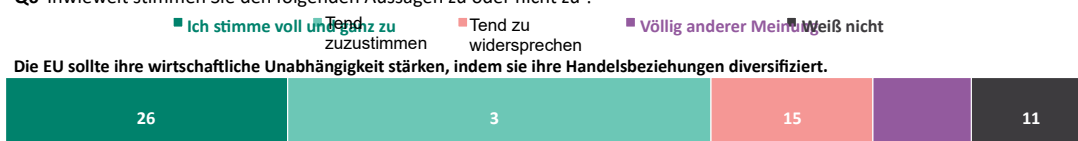


wirtschaftliche Unabhängigkeit durch eine Diversifizierung ihrer Handelsbeziehungen stärken sollte, darunter 26 %, die völlig zustimmen, und 39 %, die dazu neigen, zuzustimmen. Nur 24% sind anderer Meinung (9% sind völlig anderer Meinung, 15% neigen dazu, anderer Meinung zu sein), während 11% nicht sagen können, ob dies von Vorteil wäre oder nicht.

haben 11% keine klare Meinung zu der Aussage.

Das Unterstützungsniveau ist in beiden Aussagen bemerkenswert konsistent: 65 % gegenüber 62 %, eine Lücke von nur 3 Punkten und der Anteil der „weiß nicht“-Antworten ist identisch (11 %), was auf eine kohärente Ansicht der Europäer hindeutet, dass ein autonomerer und besser koordinierter EU-Handelsansatz Hand in Hand geht, anstatt als konkurrierende Optionen angesehen zu werden. Die

Q6 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu ?



Die Mitgliedstaaten können bessere Ergebnisse bei den Handelsverhandlungen erzielen, indem sie auf EU-Ebene zusammenarbeiten.



Flash-Eurobarometer
Herausforderungen und Prioritäten der EU

eine bemerkenswerte Nuance ist, dass der Anteil der Befragten, die "völlig zustimmen", bei der Handelsdiversifizierung (26 %) etwas höher ist als bei der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten (23 %), was darauf hindeutet, dass die wirtschaftliche Unabhängigkeit eine etwas stärkere und entschiedeneren Unterstützung als die institutionelle Koordinierung erzeugt, obwohl beide Ideen insgesamt ein sehr ähnliches Maß an Übereinstimmung aufweisen.

4.2 Diversifizierung der Handelsbeziehungen

Unterstützung durch eine Mehrheit in allen 27 Mitgliedstaaten, Unterstützung für die Handelsdiversifizierung der EU ist in kleinen offenen Volkswirtschaften stärker und in den größeren Volkswirtschaften etwas moderater

Eine Mehrheit stimmt dieser Aussage in allen Mitgliedstaaten zu, von 56 % in Schweden bis 93 % in Malta. In kleineren Volkswirtschaften ist die Unterstützung im Allgemeinen höher: Malta (93 %), Luxemburg (92 %) und Zypern (87 %) führen die Rangliste an, gefolgt von Litauen (79 %) und Estland (78 %). Im Gegensatz dazu weisen die Niederlande (59 %) und Schweden (56 %) die niedrigsten Übereinstimmungsniveaus auf, immer noch eine Mehrheit, aber merklich näher an einer gleichmäßigen Spaltung. Größere Volkswirtschaften liegen in der Nähe oder knapp unter dem Durchschnitt der EU-27 (65 %): Polen und Spanien entsprechen genau diesem Wert (65 %), während Deutschland und Italien bei 64 % und Frankreich bei 63 % liegen. Dies deutet darauf hin, dass die Idee der Handelsdiversifizierung zwar in der gesamten EU weit verbreitet ist, in größeren, autarkeren Volkswirtschaften jedoch etwas weniger stark, wenn auch immer noch sehr solide, ankommt als in kleineren und stärker handelsabhängigen Volkswirtschaften.

Die Unterstützung für die Zusammenarbeit auf EU-Ebene bei Handelsverhandlungen ist in den kleinsten Mitgliedstaaten am höchsten und in Frankreich am niedrigsten

Eine Mehrheit stimmt dieser Aussage in allen Mitgliedstaaten zu, wenngleich die Höhe der Unterstützung stärker variiert als bei der Handelsdiversifizierung, die von 54 % in Frankreich bis 92 % in Malta und Zypern reicht. Malta und Zypern (jeweils 92 %) und Luxemburg (90 %) liegen deutlich über dem Rest der EU, gefolgt von Portugal (77 %) und Estland (76 %), im Großen und Ganzen die gleiche Gruppe kleinerer Volkswirtschaften, die auch bei der Handelsdiversifizierung führend sind. Größere Volkswirtschaften liegen wieder in der Nähe oder unter dem Durchschnitt der EU-27 (62

%) : Deutschland und Spanien stimmen genau überein (62 %), Italien liegt leicht darunter (61 %), und Frankreich verzeichnet die niedrigste Zustimmung in der gesamten EU (54 %), dem einzigen Mitgliedstaat, in dem die Unterstützung deutlich unter die 60 %-Marke fällt. Polen (59 %) und Tschechien (59 %) gehören in dieser Aussage ebenfalls zu den zurückhaltenderen Ländern. Insgesamt entspricht das Muster genau dem für die Handelsdiversifizierung beobachteten Muster, wobei kleinere, stärker handelsabhängige Volkswirtschaften den stärksten Appetit auf eine Koordinierung auf EU-Ebene zeigen und größere Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreich, vergleichsweise zurückhaltendere, wenn auch immer noch mehrheitliche Unterstützung zum Ausdruck bringen.

Im Vergleich zu den beiden Erklärungen ist die Unterstützung für die Handelsdiversifizierung (durchschnittlich 65 %) im Allgemeinen etwas höher als bei der Zusammenarbeit auf EU-Ebene bei Handelsverhandlungen (62 %), aber Frankreich weist bei weitem die größte Kluft zwischen den beiden auf (63 % gegenüber 54 %, ein Unterschied von 9 Punkten), was es zum einzigen Land unter 60 % in Bezug auf die Zusammenarbeit macht. Dänemark und Polen weisen ein ähnliches, milderer Muster auf, während sich Zypern, Schweden und Lettland in die entgegengesetzte Richtung bewegen und sich etwas stärker auf die Zusammenarbeit auf EU-Ebene als auf die Diversifizierung allein einigen. In den meisten anderen Mitgliedstaaten erhalten die beiden Erklärungen fast identische Unterstützung, was darauf hindeutet, dass die beiden Ideen im Allgemeinen als komplementär und nicht als konkurrierend angesehen werden.

Alter und Bildung sind die kohärentesten soziodemografischen Faktoren für die Unterstützung einer geeinteren und diversifizierteren EU-Handelspolitik.

Das Alter ist die Variable, die am deutlichsten mit den Ansichten zu diesen beiden Aussagen verbunden ist. Die Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber unterstützen sowohl die Zusammenarbeit auf EU-Ebene bei Handelsverhandlungen (68 % gegenüber 57 % bei

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

den 25- bis 39-Jährigen) als auch die Handelsdiversifizierung (71 % gegenüber 59 % bei den 25- bis 39-Jährigen) stärker als jüngere Altersgruppen, was einem Unterschied von 11 bis 12 Punkten zwischen den zurückhaltendsten und den unterstützendsten Altersgruppen entspricht. Das Bildungsniveau spielt eine ähnlich klare Rolle für die Zusammenarbeit auf EU-Ebene, da es von 56 % bei Personen mit niedrigem Bildungsniveau auf 66 % bei der Hochschulbildung ansteigt, obwohl dieser Gradient bei der Handelsdiversifizierung weit weniger ausgeprägt ist (65 % auf 69 %, ohne klares Muster). Die Unterstützung für die Zusammenarbeit auf EU-Ebene ist praktisch identisch zwischen Männern und Frauen (jeweils 62 %), während Männer die Diversifizierung des Handels etwas eher unterstützen als Frauen (67 % gegenüber 64 %). Die geografischen Unterschiede sind bescheiden, aber konsistent, wobei die Landbewohner etwas weniger unterstützend sind als die Stadtbewohner, insbesondere bei der Handelsdiversifizierung (60 % vs. 66 %).

5. Wahrnehmung der wichtigsten Herausforderungen der EU

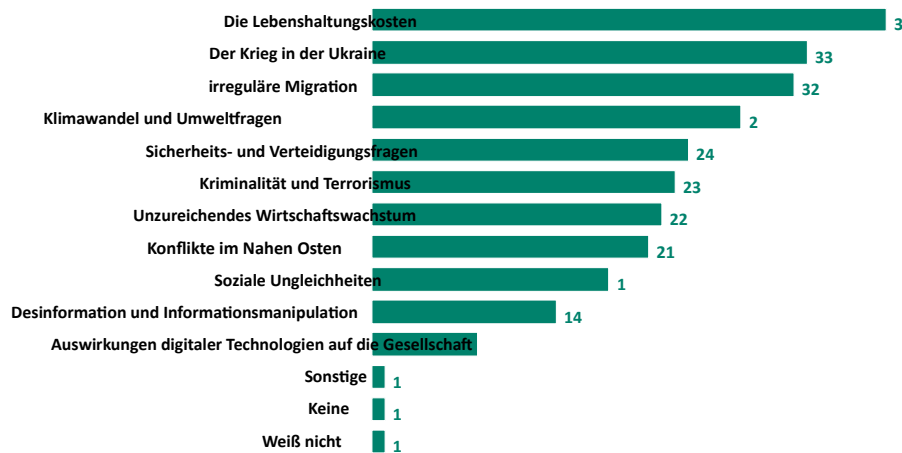
5.1 Wahrnehmung der wichtigsten Herausforderungen der EU durch die Europäer

Die Lebenshaltungskosten sind nach wie vor die größte Sorge der Europäerinnen und Europäer, während geopolitische Fragen nach wie vor die öffentliche Agenda dominieren.

Die Lebenshaltungskosten sind nach wie vor die Herausforderung, die von den Europäern am

konfrontiert betrachten, anstatt von einem einzigen Thema dominiert zu werden. Soziale Ungleichheiten (18 %), Desinformation und Informationsmanipulation (14 %) und die Auswirkungen digitaler Technologien auf die Gesellschaft (8 %) werden seltener erwähnt, weisen aber immer noch auf ein breiteres Spektrum gesellschaftlicher und informationeller Bedenken hin. Diese relativ ausgewogene Verteilung über die wichtigsten Themen hinaus verdeutlicht die

Q1 Welches der folgenden Themen sind Ihrer Meinung nach die aktuellen größten Herausforderungen, vor denen die EU steht ? (Mehrfachantworten möglich, maximal 3)



häufigsten als eines der Hauptprobleme bezeichnet wird, mit denen die Europäische Union derzeit konfrontiert ist (39 %). Während die wirtschaftlichen Bedenken stark sind, gehen sie nun eng mit geopolitischen und sicherheitsrelevanten Fragen einher. Rund ein Drittel der Befragten erwähnt den Krieg in der Ukraine (33 %) und die irreguläre Migration (32 %).

Eine zweite Gruppe von Anliegen versammelt sich zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Europäer. Klimawandel und Umweltfragen (28 %), Sicherheit und Verteidigung (24 %), Kriminalität und Terrorismus (23 %), unzureichendes Wirtschaftswachstum (22 %) und Konflikte im Nahen Osten (21%) erhalten alle ein relativ ähnliches Maß an Unterstützung, was darauf hindeutet, dass die Europäer die EU als mit mehreren gleichzeitigen Herausforderungen

Komplexität des politischen Umfelds, mit dem die Europäische Union derzeit konfrontiert ist.

Ein Vergleich mit der vorherigen Flash-Eurobarometer-Umfrage vom September 2025 deutet auf eine spürbare Entwicklung der Bedenken der Öffentlichkeit hin. Die Lebenshaltungskosten haben an Bedeutung gewonnen (+10 Punkte), während die Bedenken im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine erheblich nachgelassen haben (14 Punkte). Auch die irreguläre Migration nimmt leicht ab (-6 Punkte), gehört aber nach wie vor zu den drei am häufigsten genannten Herausforderungen. Die Wahrnehmung von Betrug im Nahen Osten (+3 Punkte), soziale Ungleichheiten (+1 Punkt) und die Auswirkungen digitaler Technologien (+1 Punkt) haben etwas mehr Sichtbarkeit gewonnen.

In den meisten Ländern sind die Lebenshaltungskosten nach wie vor ein zentrales Thema, stehen jedoch in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage, der geografischen Lage und dem Sicherheits- oder Migrationsdruck des jeweiligen Landes im Wettbewerb mit anderen Prioritäten.

Besonders ausgeprägt sind die Lebenshaltungskosten in Irland (70 %), das weit über dem EU-Durchschnitt liegt, sowie in Griechenland (57 %) und Kroatien (52 %). Erwähnt wird dies auch von relativ hohen Anteilen der Befragten in Zypern (46 %), Malta (45 %) und Rumänien (44 %). In diesen Ländern scheint der wirtschaftliche Druck die Wahrnehmung der Bürger für die Herausforderungen, vor denen die Europäische Union derzeit steht, zu dominieren.

Im Gegensatz dazu werden die Lebenshaltungskosten in Litauen (24 %), Tschechien (25 %) und Polen (28 %) viel seltener genannt. Dies könnte darauf hindeuten, dass wirtschaftliche Bedenken von anderen Themen überschattet werden, insbesondere vom Krieg in der Ukraine und allgemein von sicherheitsbezogenen Bedenken. Am häufigsten wird der Krieg in der Ukraine in Litauen (54 %) und Lettland (48 %) erwähnt, gefolgt von Ungarn (46 %) sowie Finnland und Tschechien (jeweils 45 %). Dies sind Länder, in denen die geografische Nähe zu Russland oder Belarus oder stärkere historische und sicherheitspolitische Verbindungen zum Konflikt den Krieg wahrscheinlich zu einem unmittelbaren Problem machen. In mehreren dieser Länder geht die Bedeutung des Krieges in der Ukraine auch mit größerer Sorge um Sicherheit und Verteidigung einher: Dies gilt insbesondere für Litauen (47 %), Finnland (38 %) und Polen (37 %). Die Ergebnisse deuten daher auf einen klaren Kompromiss in der Hierarchie der Bedenken hin: In Mitgliedstaaten, die den geopolitischen Folgen des Krieges direkter ausgesetzt sind, haben Sicherheitsfragen tendenziell Vorrang vor wirtschaftlichen oder ökologischen Belangen.

In Mitgliedstaaten, in denen der Krieg in der Ukraine weniger auffällig ist, sind andere Bedenken tendenziell höher in der Hierarchie. Besonders deutlich wird dies in Teilen Südeuropas. In

Griechenland bezeichnen nur 18 % den Krieg in der Ukraine als eine der größten Herausforderungen der EU, während die Lebenshaltungskosten (57 %) und die irreguläre Migration (45 %) beide von einem viel größeren Anteil der Befragten genannt werden. Spanien zeigt ein ähnliches Muster: Die Besorgnis über den Krieg in der Ukraine liegt nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt (26 %), während die irreguläre Migration die am häufigsten genannte Herausforderung ist (46 %) und der Klimawandel ebenfalls auf einem relativ hohen Niveau liegt (31 %). Diese Beispiele zeigen, dass die nationalen Prioritäten nicht nur eine einzige europäische Agenda widerspiegeln, sondern vielmehr unterschiedliche Kombinationen wirtschaftlicher, geopolitischer, ökologischer und migrationsbezogener Belange.

Dieser Kontrast zeigt sich auch an dem Ort, der dem Klimawandel und Umweltfragen gewidmet ist. In Ländern wie Dänemark, Frankreich, Luxemburg und Italien (jeweils 35 %) sowie Spanien (31 %) und den Niederlanden und Schweden (jeweils 30 %) ist das Thema nach wie vor relativ weit verbreitet. Viel seltener wird sie jedoch in Lettland (11 %) und Litauen (14 %) erwähnt, wo der Krieg in der Ukraine zu den Hauptsorgen zählt, und in Rumänien (16 %), wo die Lebenshaltungskosten und Desinformation deutlicher hervorstechen. Mit anderen Worten, Umweltbelange sind nach wie vor Teil der europäischen Agenda, scheinen aber in Ländern, in denen die Bürger der Sicherheit oder dem unmittelbaren wirtschaftlichen Druck größere Priorität einräumen, weniger zentral zu sein.

Insgesamt zeigen die Länderergebnisse, dass die Europäer im Großen und Ganzen die gleichen Herausforderungen erkennen, aber nicht in der gleichen Reihenfolge. Die EU steht vor einer Reihe gemeinsamer Herausforderungen, aber die Wahrnehmung ihrer relativen Bedeutung durch die Bürgerinnen und Bürger wird nach wie vor stark von den nationalen Gegebenheiten gefiltert.

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

F1 Welches der folgenden Themen sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen, denen sich die EU derzeit gegenüber sieht? [Mehrere Antworten möglich, maximal 3]																																		
	EU-27	BE	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	Pers onal abt eillu ng	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE						
Die Lebenshaltungskosten	39	43	41	25	32	35	46	70	57	42	40	52	43	46	41	24	41	35	45	36	43	28	41	44	43	36	37	30						
Der Krieg in der Ukraine	33	30	37	45	44	35	41	27	18	26	30	33	28	24	48	54	22	46	32	37	27	40	35	41	30	37	45	38						
irreguläre Migration	32	23	25	40	26	28	25	36	45	46	31	34	34	41	30	31	25	26	35	33	29	34	37	15	39	32	16	22						
Klimawandel und Umweltfragen	28	27	18	21	35	25	21	31	22	31	35	23	35	22	11	14	35	31	22	30	29	20	29	16	25	19	25	30						
Sicherheits- und Verteidigungsfragen	24	23	18	22	31	24	33	15	20	19	23	26	21	31	31	47	32	19	28	26	18	37	24	27	21	23	38	30						
Kriminalität und Terrorismus	23	21	23	22	20	25	18	23	21	25	26	23	22	20	11	10	23	24	18	22	24	21	18	13	18	18	24	40						
Unzureichendes Wirtschaftswachstum	22	25	25	20	11	24	26	10	32	17	20	26	29	21	26	16	17	26	25	11	23	13	22	26	24	28	23	16						
Conflicts im Nahen Osten	21	23	25	20	29	19	14	22	21	24	22	18	24	21	16	22	17	16	15	28	15	19	26	18	23	16	17	20						
Soziale Ungleichheiten	18	22	23	13	15	21	24	9	18	17	18	16	18	17	20	17	21	20	17	15	24	14	18	16	14	24	19	17						
Desinformation und Informationsmanipulation	14	10	21	19	10	11	19	13	14	18	12	17	10	14	22	19	17	8	12	11	11	22	11	26	19	17	12	13						
Auswirkungen digitaler Technologien auf die Gesellschaft	8	9	7	8	11	8	11	9	4	7	9	12	9	13	6	7	17	7	17	10	9	9	8	9	14	13	7	8						

Soziodemografische Unterschiede sind nach wie vor relativ begrenzt, obwohl das Alter die Wahrnehmung der wichtigsten Herausforderungen der EU durchgängig prägt

Im Vergleich zu den Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten sind die soziodemografischen Unterschiede nach wie vor relativ gering. In den meisten Gruppen identifizieren die Europäer im Großen und Ganzen die gleiche Hierarchie von Herausforderungen, wobei die Lebenshaltungskosten, der Krieg in der Ukraine und die irreguläre Migration zu den am häufigsten genannten Themen gehören. Dies deutet darauf hin, dass die wichtigsten Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, in der gesamten Bevölkerung weit verbreitet sind, unabhängig von Geschlecht, Bildungshintergrund oder Wohnort.

Das Alter tritt jedoch als das soziodemografische Merkmal hervor, das die Wahrnehmungen am konsequentesten unterscheidet. Ältere Befragte legen tendenziell mehr Wert auf geopolitische und sicherheitsrelevante Themen. Bei Personen ab 55 Jahren ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Krieg in der Ukraine eine der größten Herausforderungen der EU darstellt, erheblich höher als bei jüngeren Europäern (42 % gegenüber 25 % bei den Befragten

im Alter von 15 bis 24 Jahren und 25 bis 39 Jahren). Sie sprechen auch häufiger von irregulärer Migration (38 % vs. 22 % der 15- bis 24-Jährigen), Sicherheit und Verteidigung (28 % gegenüber 20 %) und Konflikte im Nahen Osten (24 % gegenüber 18 %).

Jüngere Europäerinnen und Europäer legen mehr Wert auf gesellschaftliche Herausforderungen. Die Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren erwähnen häufiger soziale Ungleichheiten (24 % gegenüber 16 % bei den 55-Jährigen und darüber) und die Auswirkungen digitaler Technologien auf die Gesellschaft (11 % gegenüber 6 % bei den ältesten Befragten). Der Klimawandel ist auch bei älteren Erwachsenen und Senioren im erwerbsfähigen Alter nach wie vor etwas stärker ausgeprägt (32 % bei den 55-Jährigen und älter, verglichen mit 24 % bei den 25- bis 39-Jährigen), was darauf hindeutet, dass Umweltbelange inzwischen weit über die jüngeren Generationen hinausgehen.

Die Lebenshaltungskosten zeichnen sich durch die bemerkenswerte Konsistenz der Besorgnis aus, die sie in der gesamten Bevölkerung erzeugen. Etwa vier von zehn Befragten geben dies unabhängig von Geschlecht, Beruf, Haushaltszusammensetzung oder Häufigkeit der Nutzung sozialer Medien an, wobei

Flash-Eurobarometer Herausforderungen und Prioritäten der EU

die Unterschiede zwischen den Altersgruppen nur begrenzt sind (von 36 % bei den 55-Jährigen und darüber bis zu 43 % bei den 40- bis 54-Jährigen). Dieser breite Konsens stärkt seine Position als die vorherrschende Herausforderung, vor der die Europäische Union derzeit steht.

Insbesondere die Befragten, die darauf vertrauen, dass die EU Sicherheit und Verteidigung stärkt, werden eher den Krieg in der Ukraine, den Klimawandel sowie Sicherheit und Verteidigung als die größten Herausforderungen bezeichnen. Umgekehrt legen diejenigen, die der EU nicht vertrauen, einen größeren Wert auf die Lebenshaltungskosten und die irreguläre Migration. Dies deutet darauf hin, dass das Vertrauen in die Rolle der EU in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung mit einer unterschiedlichen Wahrnehmung der Herausforderungen verbunden ist, vor denen die Europäische Union steht.

5.2 Prioritäten, die die Europäer von der EU erwarten

Unregelmäßige Migration sowie Sicherheit und Verteidigung stehen an erster Stelle der Prioritäten, die die Europäer von der EU erwarten, und zwar in einer eng gegliederten Rangliste.

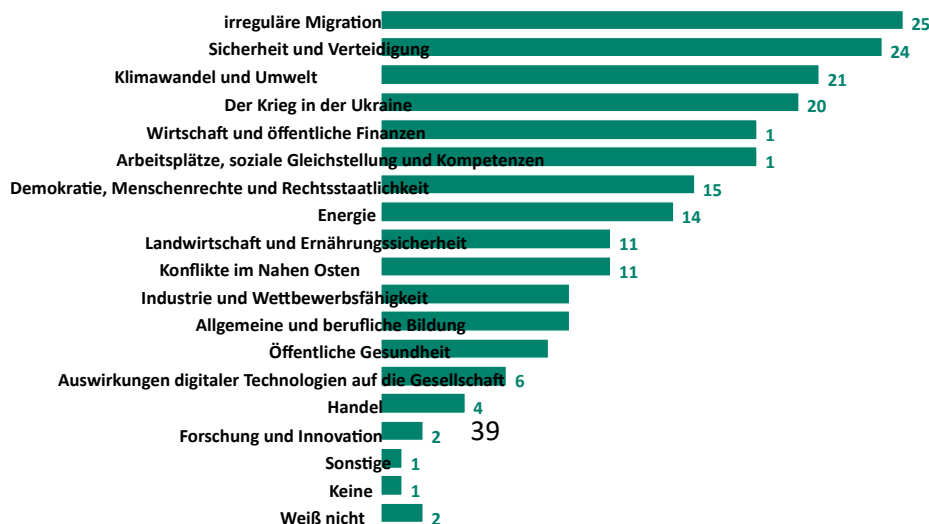
Auf die Frage, welche Bereiche die EU vorrangig behandeln sollte, legen die Europäerinnen und Europäer größten Wert auf irreguläre Migration (25 %) und Sicherheit und Verteidigung (24 %). Klimawandel und Umwelt (21%) und der Krieg in der Ukraine (20%) folgen dicht dahinter und bestätigen, dass die von der EU erwarteten wichtigsten Prioritäten internen Druck, externe Sicherheitsbedenken und langfristige ökologische Herausforderungen kombinieren.

Im Vergleich zur vorherigen Frage zu den wichtigsten Herausforderungen, vor denen die EU steht, ist die Rangfolge enger gegliedert. Kein einziges Thema dominiert eindeutig die Prioritätenliste. Dies deutet darauf hin, dass die Europäer nicht erwarten, dass sich die EU allein auf einen Hauptbereich konzentriert, sondern gleichzeitig an mehreren wichtigen politischen Fronten handelt.

Eine zweite Gruppe von Prioritäten betrifft wirtschaftliche und soziale Fragen. Wirtschaft, öffentliche Finanzen und Arbeitsplätze, soziale Gleichstellung und Kompetenzen werden von 18 % der Befragten erwähnt, während Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit mit 15 % und Energie mit 14 % folgen. Diese Ergebnisse zeigen, dass wirtschaftliche und soziale Belange nach wie vor wichtig sind, auch wenn sie weniger wichtig sind als in der vorherigen Frage zu den

Herausforderungen. Andere Bereiche werden von kleineren Anteilen der Europäer erwähnt: Landwirtschaft und Ernährungssicherheit sowie Konflikte im Nahen Osten werden beide von 11 % angeführt, gefolgt von Industrie und Wettbewerbsfähigkeit sowie allgemeiner und beruflicher Bildung (beide 9 %), öffentlicher Gesundheit (8 %), den Auswirkungen digitaler Technologien auf die Gesellschaft (6 %), Handel (4 %) und Forschung und Innovation (2 %). Insgesamt deuten die Ergebnisse auf eine breite, aber priorisierte Agenda hin, bei der die unmittelbaren geopolitischen und migrationspolitischen Fragen den wirtschaftlichen, institutionellen und sektoralen Prioritäten etwas voraus sind.

Q2 Welche der folgenden Bereiche sollte die EU Ihrer Meinung nach vorrangig behandeln?



Die nationalen Prioritäten spiegeln im Großen und Ganzen die wichtigsten Herausforderungen wider, die in den einzelnen Ländern ermittelt wurden, jedoch mit einigen unterschiedlichen Schwerpunkten.

Die irreguläre Migration ist die am häufigsten genannte EU-Priorität in Spanien (3 %), Zypern (34%) und Griechenland (33%), und erreicht auch in C zechia und Irland (jeweils 32%), den Niederlanden (31%) und Portugal (30%). Dies spiegelt die starke Bedeutung der Migration in mehreren südlichen Mitgliedstaaten wider, in denen das Problem bereits als eine der größten Herausforderungen für die EU identifiziert wurde.

Sicherheit und Verteidigung sind zusammen mit dem Krieg in der Ukraine in Ländern im Osten und Norden der Union besonders wichtig. Am häufigsten wird Sicherheit und Verteidigung in Litauen (40 %), Finnland (38 %) und Polen (37 %) genannt, gefolgt von Dänemark und Estland (jeweils 33 %) und Schweden (32 %). Besonders ausgeprägt ist der Krieg in der Ukraine auch in Litauen (40 %), Dänemark, Lettland und Finnland (jeweils 31 %) sowie Estland und Schweden (jeweils 28 %). Wie in der vorherigen Frage deutet dieses Muster darauf hin, dass die geografische Nähe zu Russland oder Weißrussland und eine stärkere Exposition gegenüber den geopolitischen Folgen des Krieges sicherheitsrelevante Fragen unmittelbarer macht.

Der Zusammenhang mit der vorherigen Frage ist für wirtschaftliche Belange weniger direkt, da die Liste der EU-Prioritäten die Lebenshaltungskosten als solche nicht enthält.

Stattdessen werden die wirtschaftlichen Erwartungen durch Bereiche wie Wirtschaft und öffentliche Finanzen oder Arbeitsplätze, soziale Gleichheit und Kompetenzen zum Ausdruck gebracht. Griechenland sticht in dieser Hinsicht hervor, wobei die Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen von 32 % der Befragten genannt werden, während diese Priorität auch in Zypern (29 %) ein relativ hohes Niveau erreicht. In der Slowakei (26 %), Lettland (25 %), Bulgarien (24 %) und Italien (23 %) werden Arbeitsplätze, soziale Gleichstellung und Kompetenzen häufiger genannt. Dies deutet darauf hin, dass sich die Erwartungen an die EU in Ländern,

in denen wirtschaftliche Bedenken besonders sichtbar sind, nicht auf einen einzigen Posten konzentrieren, sondern auf mehrere wirtschafts- und sozialpolitische Bereiche verteilt sind.

Klimawandel und Umwelt folgen einem anderen Muster. Am häufigsten wird sie in Frankreich (27 %), Italien (26 %) und Dänemark (25 %) genannt und erreicht auch in Malta und Schweden (jeweils 24 %) sowie in Irland und Portugal (jeweils 23 %) ein relativ hohes Niveau. Diese Ergebnisse stimmen weitgehend mit der vorherigen Frage überein: Klimawandel und Umwelt werden in Lettland (7 %), Litauen und Rumänien (jeweils 10 %) und der Slowakei (11 %) viel seltener erwähnt. Was die Wahrnehmung der wichtigsten Herausforderungen der EU betrifft, so scheinen die Umweltprioritäten in Ländern, in denen Sicherheitsbedenken, der Krieg in der Ukraine oder unmittelbarer wirtschaftlicher Druck mehr Raum einnehmen, weniger zentral zu sein. Insgesamt zeigen die Länderergebnisse eine starke Kontinuität zwischen den Herausforderungen, die die Europäer ermitteln, und den Bereichen, die die EU angehen soll.

Das Alter strukturiert die Erwartungen an EU-Maßnahmen klarer als andere soziodemografische Variablen.

Ältere Befragte neigen eher dazu, sicherheitsrelevante Themen zu priorisieren. Unter den 55-Jährigen wird die irreguläre Migration von 31 %, die Sicherheit und Verteidigung von 29 % und der Krieg in der Ukraine von 27 % erwähnt. Im Gegensatz dazu sind diese Zahlen bei den Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren mit 16 %, 18 % bzw. 13 % niedriger. Dies spiegelt die vorherige Frage wider, bei der ältere Befragte auch eher den Krieg in der Ukraine, die irreguläre Migration sowie Sicherheit und Verteidigung als große Herausforderungen für die EU identifizierten. Jüngere Europäer hingegen legen relativ mehr Gewicht auf soziale und institutionelle Prioritäten. Die Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren erwähnen eher Arbeitsplätze, soziale Gleichstellung und Kompetenzen (23 % gegenüber 14 %), Wirtschaft und öffentliche Finanzen (21 % gegenüber 16 %), allgemeine und berufliche Bildung (15 % gegenüber 6 %) sowie

Flash-Eurobarometer
Herausforderungen und Prioritäten der EU

Demokratie, Menschenrechte und
Rechtsstaatlichkeit (19 % gegenüber 15 %).

Klimawandel und Umwelt folgen keinem einfachen Generationenmuster. Er wird von 21 % der 15- bis 24-Jährigen erwähnt, fällt bei den 25- bis 39-Jährigen auf 15 % und bei den 55- bis über 64-Jährigen auf 25 %. Dies bestätigt, dass Umweltbelange nicht auf jüngere Generationen beschränkt sind und dass sie nach wie vor Teil der EU-Prioritätsagenda für alle Altersgruppen sind, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität.

Attitudinale Unterschiede sind deutlicher zu erkennen. Die Befragten, die darauf vertrauen, dass die EU Sicherheit und Verteidigung stärkt, sind eher als diejenigen, die der EU nicht vertrauen, der Sicherheit und Verteidigung (26 % gegenüber 22 %), dem Krieg in der Ukraine (23 % gegenüber 16 %) sowie dem Klimawandel und der Umwelt (23 % gegenüber 17 %) Vorrang einzuräumen. Umgekehrt sind diejenigen, die der EU nicht vertrauen, um Sicherheit und Verteidigung zu stärken, wesentlich eher bereit, der irregulären Migration Vorrang einzuräumen (33 % gegenüber 20 %). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass eine breitere Haltung gegenüber der EU mit unterschiedlichen Erwartungen an die Prioritäten der Europäischen Union verbunden ist, selbst wenn die Gesamthierarchie der Bedenken relativ stabil bleibt.

6. Sicherheit und Verteidigung der EU

6.1 Wahrgenommene Bedrohung der nationalen Sicherheit und Unterstützung der EU-Verteidigungsautonomie

Die Europäer fühlen sich weniger direkt bedroht als Anfang 2026, unterstützen aber nach wie vor nachdrücklich eine autonomere europäische Verteidigung.

Angeichts des derzeitigen internationalen Kontexts sind sich die Europäer einig, dass die Sicherheit ihres Landes bedroht ist (52 %), darunter 19 %, die völlig zustimmen, und 33 %, die dazu neigen, zuzustimmen. Dieses Gefühl der Unsicherheit ist jedoch im Vergleich zum Januar 2026 stark zurückgegangen und sank um 16 Prozentpunkte.

Dieser Rückgang führt nicht zu einer schwächeren Unterstützung der Verteidigungskapazitäten auf EU-Ebene. Im Gegenteil, mehr als zwei Drittel der Europäer sind sich einig, dass die EU ihre Fähigkeit

Der Kontrast zwischen den beiden Ergebnissen ist wichtig. Während heute weniger Europäer das Gefühl haben, dass ihr eigenes Land unmittelbar bedroht ist, spricht sich eine große Mehrheit nach wie vor für die Stärkung der autonomen Verteidigungskapazitäten der EU aus. Dies entspricht den im vorherigen Abschnitt genannten Prioritäten, bei denen Sicherheit und Verteidigung zu den wichtigsten Bereichen gehören, die die Europäer von der EU erwarten.

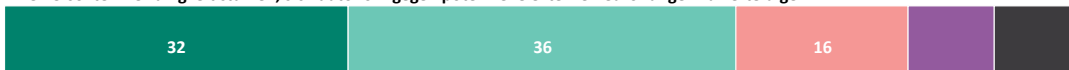
Das Bedrohungsgefühl ist in den Mitgliedstaaten nach wie vor uneinheitlich, während die Unterstützung für eine autonome EU-Verteidigung weitgehend geteilt wird.

Die Ergebnisse auf Länderebene zeigen, dass die Wahrnehmung nationaler Sicherheitsbedrohungen in der EU sehr unterschiedlich ist. Die höchsten Übereinstimmungen darüber, dass die Sicherheit des eigenen Landes bedroht ist, gibt es in Zypern (74 %), gefolgt von Malta (66 %), Litauen (65 %), Luxemburg (64 %), Estland (62 %) und Dänemark (61

Q7 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu ?

■ Ich stimme voll und ganz zu ■ Tend zu zustimmen ■ Tend zu widersprechen ■ Völlig anderer Meinung ■ Weiß nicht

Die EU sollte ihre Fähigkeit stärken, sich autonom gegen potenzielle externe Bedrohungen zu verteidigen.



Die Sicherheit von (Unserem Land) ist bedroht



stärken sollte, sich autonom gegen potenzielle externe Bedrohungen zu verteidigen (6 %), darunter 32 %, die voll und ganz zustimmen. Dies deutet darauf hin, dass die Unterstützung einer stärkeren europäischen Verteidigung nicht nur eine Reaktion auf ein unmittelbares Gefühl nationaler Unsicherheit ist, sondern auch eine breitere Erwartung widerspiegelt, dass die EU in der Lage sein sollte, sich in einem unsichereren internationalen Umfeld zu schützen.

Relativ hohe Werte sind auch in Griechenland (59 %), Rumänien (58 %), Deutschland (57 %) sowie Frankreich und Polen (jeweils 56 %) zu verzeichnen. Dagegen ist die Bedrohungswahrnehmung in Slowenien (32 %), Kroatien (39 %), Österreich (42 %), Ungarn (43 %), Belgien und Bulgarien (jeweils 44 %), Italien (45 %) und der Slowakei (47 %) deutlich geringer. In diesen Ländern ist weniger als die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass die Sicherheit ihres Landes bedroht ist.

Flash-Eurobarometer

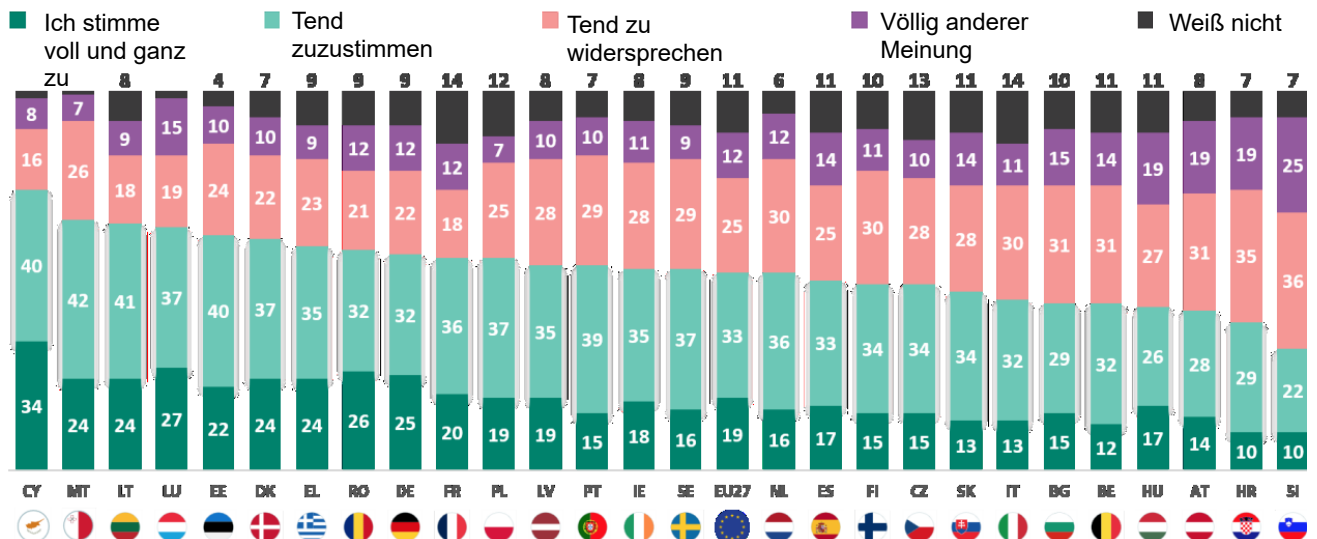
Herausforderungen und Prioritäten der EU

Der Rückgang des Bedrohungsgefühls im Vergleich zum Januar 2026 ist in den meisten Mitgliedstaaten zu beobachten. In mehreren Ländern ist der Rückgang besonders ausgeprägt, insbesondere in den Niederlanden (-25 Punkte), Frankreich (-24 Punkte), Belgien (-21 Punkte), Italien (-19 Punkte) sowie Deutschland und Schweden (beide -18 Punkte). Dies deutet darauf hin, dass der starke Rückgang auf EU-Ebene nicht von einer kleinen Anzahl von Ländern getrieben wird, sondern auf eine breitere Lockerung der wahrgenommenen Unsicherheit in der gesamten Europäischen Union zurückzuführen ist. Der Rückgang ist jedoch nicht einheitlich: Das Bedrohungsgefühl in Zypern bleibt nahezu stabil (-1 Punkt) und nimmt in Luxemburg (9 Punkte) und Malta (6 Punkte) sogar zu, was bestätigt, dass die nationalen Kontexte die Sicherheitswahrnehmung nach wie vor prägen.

Die Unterstützung für die EU beim Ausbau ihrer autonomen Verteidigungskapazitäten ist viel homogener. Eine Mehrheit stimmt dieser Aussage in allen Mitgliedstaaten zu, von 62 % in Italien bis 92 % in Malta. Die höchsten Werte sind in Malta (92 %), Luxemburg (91 %) und Zypern (88 %) zu verzeichnen, gefolgt von Dänemark (80 %), Estland (79 %), Portugal (78 %) und Litauen (77 %). Selbst in den Ländern, in denen die Unterstützung am geringsten ist, ist sie nach wie vor eindeutig mehrheitlich: Italien (62 %), Polen (65 %), Österreich und Slowenien (jeweils 66 %) sowie Bulgarien und Schweden (jeweils 67 %). Dies zeigt, dass sich die Europäer zwar darin unterscheiden, wie unmittelbar sie sich bedroht fühlen, die Unterstützung für die Stärkung der Verteidigungskapazitäten der EU jedoch in der gesamten Europäischen Union eine gemeinsame Position ist.

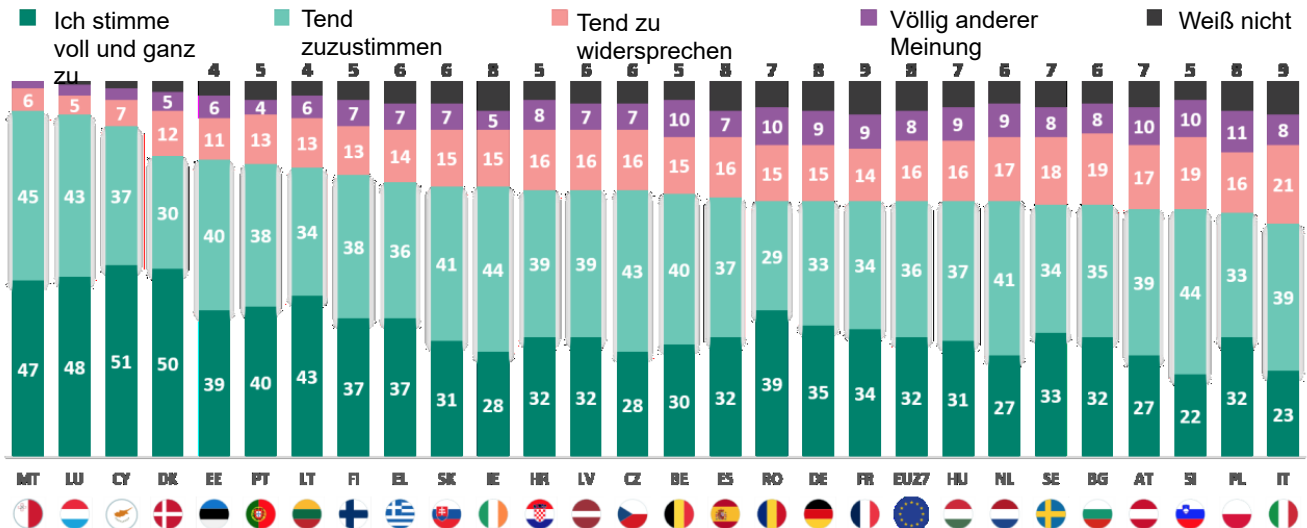
F7 Inwieweit stimmen Sie angesichts des aktuellen internationalen Kontexts den folgenden Aussagen zu oder nicht?

Die Sicherheit von (Unserem Land) ist bedroht



Flash-Eurobarometer Herausforderungen und Prioritäten der EU

F7 Inwieweit stimmen Sie angesichts des aktuellen internationalen Kontexts den folgenden Aussagen zu oder nicht? *Die EU sollte ihre Fähigkeit stärken, sich autonom gegen potenzielle externe Bedrohungen zu verteidigen.*



Befragte geopolitischen und sicherheitsrelevanten Fragen tendenziell mehr Gewicht beimessen.

Soziodemografische Unterschiede sind für die wahrgenommene Bedrohung begrenzt, aber sichtbar für die Unterstützung der autonomen EU-Verteidigung. Soziodemografische Unterschiede in der Wahrnehmung, dass das eigene Land bedroht ist, sind nach wie vor relativ begrenzt. Im Gegensatz zu den früheren Fragen zu den wichtigsten Herausforderungen und Prioritäten der EU strukturiert das Alter die Antworten nicht stark. Die Einigkeit darüber, dass die nationale Sicherheit bedroht ist, liegt bei 54 % bei den 15- bis 24-Jährigen und 25- bis 39-Jährigen, bei 50 % bei den 40- bis 54-Jährigen und bei 53 % bei den 55-Jährigen und darüber. Dies deutet darauf hin, dass, wenn die Bürger direkt nach der Sicherheit ihres eigenen Landes gefragt werden, das Gefühl der Bedrohung über Generationen hinweg relativ weit verbreitet ist. Auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind gering, obwohl Frauen (54 %) etwas häufiger als Männer (51 %) zustimmen, dass die Sicherheit ihres Landes bedroht ist.

Die Unterstützung für die Stärkung der autonomen Verteidigungskapazitäten der EU weist deutlichere soziodemografische Muster auf. Sie ist bei den Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber (74%) höher als bei den 15- bis 24-Jährigen (63%), 25-39 (62%) und 40-54 (65%). Dies spiegelt zum Teil die früheren Ergebnisse wider, die zeigen, dass ältere

Die stärksten Unterschiede sind attitudinal. Befragte, die der EU vertrauen, um Sicherheit und Verteidigung zu stärken, unterstützen eine autonome EU-Verteidigungskapazität viel eher als diejenigen, die der EU in diesem Bereich nicht vertrauen (75 % gegenüber 59 %). Eine ähnliche Diskrepanz besteht zwischen denjenigen, die mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit in der EU zufrieden und unzufrieden sind (77 % gegenüber 61 %). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Unterstützung einer autonomen EU-Verteidigung eng mit einem breiteren Vertrauen in die Fähigkeit der EU, wirksam zu handeln, verbunden ist. Selbst bei skeptischeren Gruppen ist die Unterstützung jedoch nach wie vor mehrheitlich, was bestätigt, dass die Stärkung der Verteidigungskapazitäten der EU eine weitgehend gemeinsame Erwartung der europäischen Bevölkerung ist.

6.2 Vertrauen in die EU zur Stärkung von Sicherheit und Verteidigung

Die Mehrheit der Europäer vertraut darauf, dass die EU Sicherheit und Verteidigung stärkt, obwohl das Vertrauen gemäßigter ist als die Unterstützung einer autonomen EU-Verteidigung.

Eine Mehrheit der Europäer vertraut darauf, dass die Europäische Union die Sicherheit und Verteidigung in Europa stärkt und ihre Bürger schützt (56 %), darunter 12 %, die ihr voll und ganz vertrauen, und 44 %, die ihr eher vertrauen. Im Vergleich zum Januar 2026 ist das Vertrauen in die EU zur Stärkung von Sicherheit und Verteidigung um vier Prozentpunkte gestiegen, während der Anteil derjenigen, die ihr überhaupt nicht vertrauen, zurückgegangen ist. Die Ergebnisse deuten daher auf eine bescheidene, aber deutliche Verbesserung des Vertrauens in die Handlungsfähigkeit der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung hin.

Dieses Ergebnis sollte zusammen mit der vorherigen Frage gelesen werden. Während sich mehr als zwei Drittel der Europäer darin einig sind, dass die EU ihre Fähigkeit stärken sollte, sich autonom gegen potenzielle externe Bedrohungen zu verteidigen, vertraut eine kleinere Mehrheit der EU, Sicherheit und Verteidigung in der Praxis zu stärken. Diese Lücke deutet darauf hin, dass die Unterstützung für den Grundsatz einer stärkeren europäischen Verteidigung breiter ist als das Vertrauen in die Fähigkeit der EU, sie zu verwirklichen. Die Tatsache, dass das Vertrauen von einer Mehrheit gehalten

wird und seit Januar 2026 zugenommen hat, bestätigt jedoch, dass die EU von vielen Bürgern als relevanter Akteur im Sicherheits- und Verteidigungsbereich angesehen wird.

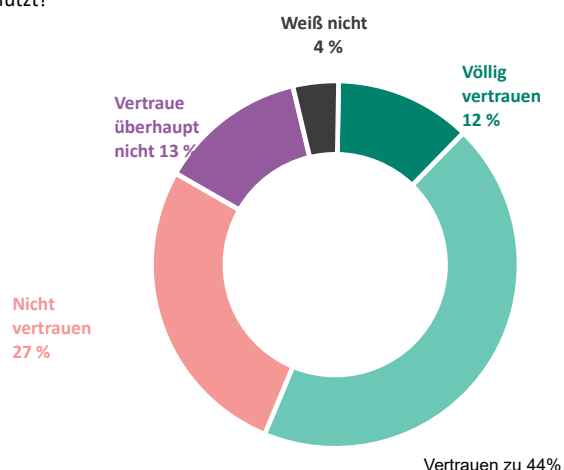
Das Vertrauen in die EU in Sicherheits- und Verteidigungsfragen ist in Malta und Luxemburg am höchsten und in einigen der größten Mitgliedstaaten am geringsten

Das Vertrauen in die EU in die Stärkung von Sicherheit und Verteidigung ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich. Am höchsten ist sie in Malta (91 %) und Luxemburg (88 %), gefolgt von Zypern (76 %), Portugal, Dänemark und Litauen (jeweils 75 %) und Estland (72 %). In diesen Ländern liegt das Vertrauen in die Fähigkeit der EU, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, deutlich über dem EU-Durchschnitt.

Am anderen Ende der Skala ist das Vertrauen in Griechenland und Tschechien am geringsten (jeweils 47 %). Sie ist auch in Deutschland und Italien (jeweils 50 %), der Slowakei und Bulgarien (jeweils 52 %) sowie in Frankreich und Österreich (jeweils 53 %) relativ niedrig. Dies bestätigt, dass das Vertrauen in die Rolle der EU in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung in mehreren großen Mitgliedstaaten, insbesondere in Deutschland, Italien und Frankreich, begrenzter ist, obwohl es in fast allen Mitgliedstaaten von einer Mehrheit oder fast einer Mehrheit gehalten wird.

Das Ländermuster überschneidet sich nur teilweise mit dem im vorherigen Abschnitt beschriebenen Gefühl der nationalen Bedrohung. In Italien und

Frage 8 Inwieweit vertrauen Sie darauf, dass die Europäische Union Sicherheit und Verteidigung in Europa stärkt und ihre Bürger besser schützt?



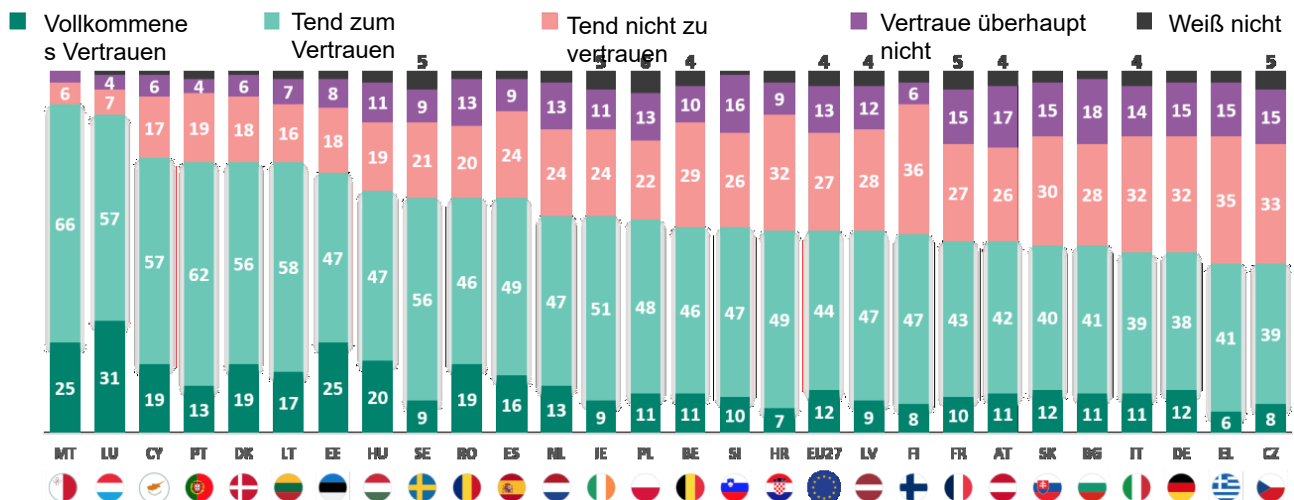
Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

Estland geht ein hohes Maß an Vertrauen in die EU mit einer starken Wahrnehmung von Sicherheitsrisiken einher, was darauf hindeutet, dass Länder, die den geopolitischen Folgen des Krieges in der Ukraine stärker ausgesetzt sind, auch mehr Vertrauen in Verteidigungsmaßnahmen auf EU-Ebene setzen könnten. Dies ist jedoch nicht systematisch. Einige Länder mit einer relativ hohen wahrgenommenen Bedrohung, wie Frankreich oder Deutschland, zeigen in diesem Bereich ein moderateres Vertrauen in die EU. Dies deutet darauf hin, dass das Vertrauen in die Sicherheits- und Verteidigungsrolle der EU nicht nur von externen Bedrohungen geprägt ist, sondern auch von einer umfassenderen Haltung der Mitgliedstaaten gegenüber der Fähigkeit der EU, wirksam zu handeln.

Im Vergleich zum Januar 2026 hat das Vertrauen in den meisten Mitgliedstaaten zugenommen, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Die stärksten Anstiege sind in Malta (24 Punkte), Frankreich (13 Punkte), Luxemburg (12 Punkte), Österreich (10 Punkte) und Slowenien (9 Punkte) zu verzeichnen. Das Vertrauen hat auch in Bulgarien und Ungarn (beide 8 Punkte), Dänemark und Griechenland (beide 7 Punkte) und Belgien (6 Punkte) deutlich zugenommen. Der allgemeine Vertrauenszuwachs ist weit verbreitet, aber in der Europäischen Union uneinheitlich.

Frage 8 Inwieweit vertrauen Sie darauf, dass die Europäische Union Sicherheit und Verteidigung in Europa stärkt und ihre Bürgerinnen und Bürger besser schützt?



Flash-Eurobarometer Herausforderungen und Prioritäten der EU

Das Vertrauen in die EU in Bezug auf Sicherheit und Verteidigung ist bei jüngeren Befragten und bei Personen, die ein breiteres Vertrauen in die EU haben, stärker

Das Alter ist eine der klarsten Kluften. Das Vertrauen in die EU zur Stärkung von Sicherheit und Verteidigung ist bei den Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren am höchsten (65 %) und liegt bei den Befragten im Alter von 25 bis 39 Jahren (59 %) nach wie vor über dem EU-Durchschnitt (56 %). Sie ist bei den Befragten im Alter von 40-54 Jahren (53 %) und bei den Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber (55 %) niedriger.

Dieses Altersmuster ist bemerkenswert, da ältere Befragte im Allgemeinen eher sicherheitsbezogene Probleme als Herausforderungen oder Prioritäten für die EU identifizieren. Jüngere Befragte scheinen sich weniger unmittelbar von Sicherheitsbedrohungen betroffen zu fühlen, sondern eher darauf zu vertrauen, dass die EU in diesem Bereich tätig wird. Dies deutet auf eine Unterscheidung zwischen der Wahrnehmung der Bedrohung, die bei älteren Befragten tendenziell stärker ist, und dem Vertrauen in das Handeln der EU hin, das bei jüngeren Europäern stärker ist.

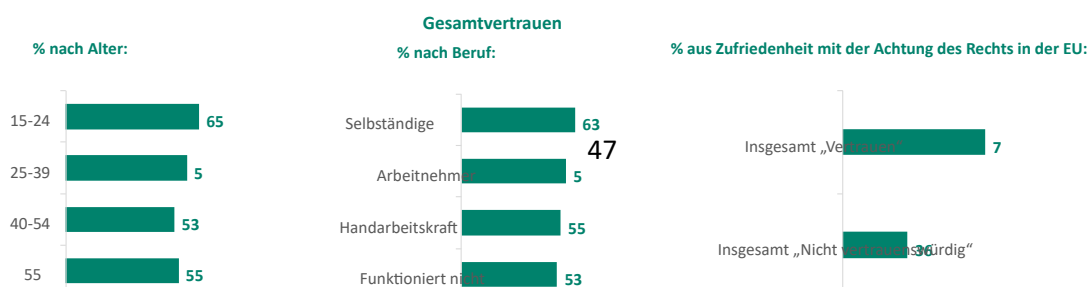
Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind begrenzt, obwohl Männer (58 %) etwas häufiger als Frauen (55 %) der EU in diesem Bereich vertrauen. Das Vertrauen ist auch bei den Befragten mit tertiärer Bildung (61 %) höher als bei den Befragten mit Sekundarstufe II oder postsekundärer nicht-tertiärer Bildung (54 %) oder niedrigerem Bildungsniveau (55 %).

Die stärksten Unterschiede sind attitudinal. Befragte, die mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit in der EU zufrieden sind (79 %), vertrauen der EU viel eher auf die Stärkung von

Sicherheit und Verteidigung als unzufriedene (36 %). Dies bestätigt, dass das Vertrauen in die Rolle der EU in Sicherheit und Verteidigung eng mit einem breiteren Vertrauen in die Funktionsweise der Europäischen Union verbunden ist.

Bei den unter 25-Jährigen ist das Vertrauen in die EU im Verteidigungsbereich deutlich größer (65 %).

Frage 8 Inwieweit vertrauen Sie darauf, dass die Europäische Union Sicherheit und Verteidigung in Europa stärkt und ihre Bürger besser schützt?



7. Technische Spezifikationen

Zwischen dem 19. und 24. Juni 2026 führte Demoscopy dieses Flash-Eurobarometer 584 auf Ersuchen der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation (Referat der GD COMM „Öffentliche Meinung und Bürgerbeteiligung“), durch. Es handelt sich um eine Umfrage, die von der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Öffentliche Meinung und Bürgerbeteiligung“ der GD COMM) koordiniert wird.

Diese Flash-Eurobarometer-Umfrage deckt die allgemeine Bevölkerung ab 15 Jahren in allen 27 EU-Mitgliedstaaten ab. Diese Zielgruppe entspricht der breiten Öffentlichkeit im Sinne des Flash-Eurobarometer-Rahmenvertrags. Insgesamt wurden 25.904 Interviews über Computer Assisted Web Interviewing (CAWI) durchgeführt.

Das Stichprobendesign folgt den Standardspezifikationen des Rahmenvertrags mit 1.000 Befragungen in größeren Mitgliedstaaten und 500 Befragungen in kleineren Mitgliedstaaten (LU, CY, MT).

Anzahl der Interviews pro Land

EU	EU	25904	LV	Lettland	1010
BE	Belgien	1039	LT	Litauen	1005
BG	Bulgarien	1007	LU	Luxemburg	506
CZ	Tschechien	1016	HU	Ungarn	1030
DK	Dänemark	1015	MT	Malta	512
DE	Deutschland	1008	NL	Niederlande	1024
EE	Estland	1005	AT	Österreich	1017
IE	Republik Irland	1036	PL	Polen	1024
EL	Griechenland	1008	PT	Portugal	1005
ES	Spanien	1005	RO	Rumänien	1014
FR	Frankreich	1005	SI	Slowenien	1016
Persona labteilu ng	Kroatien	1031	SK	Slowakei	1003
IT	Italien	1009	FI	Finnland	1024
CY	Zypern	521	SE	Schweden	1009

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

Fehlermarge

Die Untersuchungsergebnisse unterliegen Stichprobentoleranzen. Die „Fehlermarge“ quantifiziert die Unsicherheit über (oder das Vertrauen in) ein Umfrageergebnis. In der Regel gilt: Je mehr Interviews durchgeführt werden (Stichprobengröße), desto geringer ist die Fehlerquote. Eine Stichprobe von 500 ergibt eine Fehlerspanne von höchstens 4,4 Prozentpunkten und eine Stichprobe von 1 000 eine Fehlerspanne von höchstens 3,1 Prozentpunkten.

(Tabelle aus einem anderen Eurobarometer-Bericht)

Statistische Margen aufgrund des Stichprobenverfahrens

(bei einem Vertrauensniveau von 95%)

verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen

Verschiedene beobachtete Ergebnisse sind in Spalten

	5 %	10 %	15 %	20 %	25 %	30 %	35 %	40 %	45 %	50 %	
	95 %	90 %	85 %	80 %	75 %	70 %	65 %	60 %	55 %	50 %	
N=50	6,0	8,3	9,9	11,1	12,0	12,7	13,2	13,6	13,8	13,9	N=50
N=500	1,9	2,6	3,1	3,5	3,8	4,0	4,2	4,3	4,4	4,4	N=500
N=1000	1,4	1,9	2,2	2,5	2,7	2,8	3,0	3,0	3,1	3,1	N=1000
N=1500	1,1	1,5	1,8	2,0	2,2	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	N=1500
N=2000	1,0	1,3	1,6	1,8	1,9	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	N=2000

8. Questionnaire

Interviewmodus: Online (CAWI)

Zielgruppe: Allgemein, 15+

Abdeckung: 27 EU-Mitgliedstaaten

Daten der Feldarbeit: 19. bis 24. Juni 2026

Stichprobe size: 25904 Interviews (ca. 1000 in größeren Ländern und 500 in kleineren Ländern)

Soziodemografische Fragen: Alter, Geschlecht, Bildung, Beruf, Region, Urbanisierung, Haushaltszusammensetzung und finanzielle Schwierigkeiten.

Die EU: Stärken, Herausforderungen und Prioritäten

Q1 : Was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen, denen sich die EU derzeit gegenübersteht? Bitte wählen Sie bis zu drei Antworten aus.

(RANDOMISE 1-11 – MAX. 3 ANTWORTEN)

Soziale Ungleichheiten 1

Unzureichendes Wirtschaftswachstum 2

Die Lebenshaltungskosten 3

Der Krieg in der Ukraine 4

Konflikte im Nahen Osten (M) 5

Klimawandel und Umweltfragen 6

Irreguläre Migration 7

Kriminalität und Terrorismus 8

Auswirkungen digitaler Technologien auf die Gesellschaft 9

Desinformation und Informationsmanipulation 10

Sicherheits- und Verteidigungsfragen 11

Sonstige 12

Keine 13

Weiß nicht 998

Q2 Welche der folgenden Bereiche sollte die EU Ihrer Meinung nach vorrangig behandeln? Bitte wählen Sie bis zu drei Antworten aus.

(RANDOMISE 1-17 – MAX 3 ANTWORTEN)

Irreguläre Migration 1

Der Krieg in der Ukraine 2

Sicherheit und Verteidigung 3

Wirtschaft und öffentliche Finanzen 4

Industrie und Wettbewerbsfähigkeit 5

Landwirtschaft und Ernährungssicherheit 6

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

Klimawandel und Umwelt 7
 Allgemeine und berufliche Bildung 8
 Beschäftigung, soziale Gleichstellung und Kompetenzen 9
 Energie 10
 Handel 11
 Forschung und Innovation 12
 Öffentliche Gesundheit 13
 Auswirkungen digitaler Technologien auf die Gesellschaft (N) 14
 Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit 15
 Konflikte im Nahen Osten (N) 16
 Sonstige 17
 Keine 18
 Weiß nicht 998

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU

Q3 Welche der folgenden Elemente sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Elemente einer demokratischen Gesellschaft?

(RANDOMISE 1-10 – MAX 3 ANTWORTEN)

Freie und faire Wahlen 1
 Meinungsfreiheit / Meinungsfreiheit 2
 Freiheit und Unabhängigkeit der Medien 3
 Achtung der Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Grundrechte 4
 Ein unabhängiges Justizsystem 5
 Bürger können sich an der öffentlichen Debatte und Entscheidungsfindung beteiligen 6
 Transparenz und Rechenschaftspflicht der politischen Entscheidungsträger 7
 Achtung der Rechte von Minderheiten 8
 Korruptionsbekämpfung 9
 Eine starke Opposition, die in der Lage ist, die Regierung zu kritisieren 10
 Sonstige 11
 Keine dieser 12
 Ich weiß nicht 13

Q4 Overall, wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit in...

(NUR EINE ANTWORT)

		Sehr zufrieden	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Sehr unzufrieden	Weiß nicht
1	(Unser Land)	1	2	3	4	998
2	Die EU	1	2	3	4	998

Flash-Eurobarometer
Herausforderungen und Prioritäten der EU

Frage 5: Sagen Sie mir für jede der folgenden Aktionen, ob Sie der Meinung sind, dass es effektiv ist oder nicht, wenn es darum geht, politische Entscheidungen auf EU-Ebene über Wahlen hinaus zu beeinflussen?

(RANDOMISE – EINE ANTWORT PRO LINIE)

		Sehr effektiv	Ziemlich effektiv	Nicht effektiv	sehrÜberhaupt nicht effektiv	Weiß nicht
		1	2	3	4	5
1	Mitglied eines Vereins oder einer Nichtregierungsorganisation sein		2	3	4	998
2	Teilnahme an einer Europäischen Bürgerinitiative (ein Antrag, der von mindestens einer Million Bürgerinnen und Bürgern aus mindestens sieben Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde und in dem die Europäische Kommission aufgefordert wird, neue Gesetze in Bereichen vorzuschlagen, in denen die Kommission Handlungsbefugnisse hat) oder an einem Europäischen Bürgerforum (einer nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgerversammlung auf EU-Ebene, die gemeinsam an politischen Empfehlungen arbeitet)					
3	Teilnahme an politischen Bewegungen, Parteien oder Gewerkschaften					
4	Boykott oder Kauf bestimmter Produkte aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen					
5	Teilnahme an einer Demonstration oder einem Protest					

Unabhängigkeit und Handel

Q6 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

(ROTATE – EINE ANTWORT PRO LINIE)

		Ich stimme voll und ganz zu	Tendenz zuzustimmen	Tendenz zu widersprechen	Völlig andere Meinung	Weiß nicht
		1	2	3	4	5
1	Die Mitgliedstaaten können bessere Ergebnisse bei den Handelsverhandlungen erzielen, indem sie auf EU-Ebene zusammenarbeiten.		2	3	4	998
2	Die EU sollte ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken, indem sie ihre Handelsbeziehungen diversifiziert.		2	3	4	998

Defence, einschließlich der künftigen Sicherheitsstrategie

Frage 7 Inwieweit stimmen Sie angesichts des aktuellen internationalen Kontexts den folgenden Aussagen zu oder nicht?

(ROTATE – EINE ANTWORT PRO LINIE)

		Ich stimme voll und ganz zu	Tendenz zuzustimmen	Tendenz zu widersprechen	Völlig andere Meinung	Weiß nicht
		1	2	3	4	5
1	Die Sicherheit von (Unserem Land) ist bedroht		2	3	4	998

Flash-Eurobarometer
Herausforderungen und Prioritäten der EU

2	Die EU sollte ihre Fähigkeit1 stärken, sich autonom gegen potenzielle externe Bedrohungen zu verteidigen (N)	2	3	4	998
---	--	---	---	---	-----

F8 Inwieweit vertrauen Sie darauf, dass die Europäische Union Sicherheit und Verteidigung in Europa stärkt und ihre Bürger schützt?

(NUR EINE ANTWORT)

Vollkommenes Vertrauen	1
Tend zum Vertrauen	2
Tend nicht zu vertrauen	3
Vertraue überhaupt nicht	4
Weiß nicht	4

Energiekrise

Q9 Was kann Ihrer Ansicht nach der EU beim Übergang von fossilen Brennstoffen helfen?

(ERSTENS IST AUSSCHLIESSLICH – UND DANN – MULTIPLE –RANDOMISE)

Größere Elektrifizierung	1
Reduzierung des Energieverbrauchs durch Energieeffizienzmaßnahmen	2
Förderung lokaler Maßnahmen wie Energiegemeinschaften	3
Ausbau der Kapazitäten für erneuerbare Energien durch z. B. neue Wind- und Solarparks	4
Investitionen in nukleare Lösungen	5
Sonstige	6
Weiß nicht	998

1. Erstens?

2. Und dann?

Welche der folgenden Maßnahmen haben Sie als Reaktion auf den Anstieg der Energiepreise nach Beginn des Krieges im Iran (Ende Februar 2026) ergriffen, um Ihren Energieverbrauch zu senken und Ihren Energieverbrauch aktiver zu steuern? Sie haben...

(MÖGLICHE MULTIPLE-ANTWORTEN – KEINE UND DK SIND AUSSCHLIESSLICH - ZUVERLÄSSIG)

Reduzierter Heiz- oder Kühlverbrauch	1
Reduzierter Gesamtstromverbrauch	2
Verbesserte Isolierung oder Energieeffizienz Ihres Hauses	3
Investitionen in energieeffizientere Geräte	4

Flash-Eurobarometer

Herausforderungen und Prioritäten der EU

Überwachen Sie Ihren Energieverbrauch genauer	5
Verglichen oder geändert Ihren Energieversorger oder Vertrag	6
Verwendete intelligente Tools oder Apps zur Verwaltung des Energieverbrauchs	7
Bereinigter Energieverbrauch, um von niedrigeren Preisen oder reduziertem Verbrauch zu Stunden mit höheren Preisen zu profitieren (z.B. morgens, abends)	8
Installierte oder in Erwägung gezogene Installation von Lösungen für erneuerbare Energien (z. B. Solarpaneele)	9
Mitglied einer Energiegemeinschaft werden	10
Ändern Sie Ihre Transportgewohnheiten, um den Energieverbrauch zu senken	11
Sonstige	12
Keine	13
Weiß nicht	998

Soziale Medien

F 11 Wie besorgt sind Sie über die folgenden Risiken, denen Kinder in den sozialen Medien ausgesetzt sind?

(NUR EINE ANTWORT - ZUVERLÄSSIGKEIT)

	Sehr besorgt	Etwas besorgt	Nicht sehr beunruhigt	Überhaupt nicht betroffen	Weiß nicht
1 Exposition gegenüber schädlichen Inhalten (z.B. Gewalt, Selbstverletzung, Extremismus, gesundheitsschädliche oder kosmetische Beratung)	1	2	3	4	998
2 Online-Grooming oder sexuelle Ausbeutung	1	2	3	4	998
3 Cybermobbing oder Belästigung	1	2	3	4	998
4 Süchtig machendes Design	1	2	3	4	998
5 Datenschutzrisiken (z. B. Erhebung personenbezogener Daten von Kindern)	1	2	3	4	998
6 Rekrutierung für illegale Aktivitäten	1	2	3	4	998

Q12 Das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) schreibt vor, dass Online-Plattformen Kinder besser vor Schäden schützen müssen, die beispielsweise durch Cybermobbing, Grooming, die Exposition gegenüber gewalttätigem extremistischem Material, süchtig machendes Design oder sogenannte Kaninchenlöcher entstehen könnten. Welche der folgenden Maßnahmen sollte die EU Ihrer Meinung nach ergreifen, um den Schutz von Kindern im Internet weiter zu stärken?

(NUR EINE ANTWORT)

Verabschiedung von Vorschriften auf EU-Ebene, die es Anbietern sozialer Medien verbieten, ihre Dienste Kindern unter einem bestimmten Alter anzubieten	1
Verabschiedung von Vorschriften auf EU-Ebene, die Anbieter sozialer Medien verpflichten, den Zugang zu bestimmten unsicheren sozialen Medien für Kinder unter einem bestimmten Alter zu verzögern	2
Stärkung der für die Strafverfolgung bereitgestellten Mittel	3
Eltern und Schulen überlassen, die Online-Sicherheit von Kindern ohne zusätzliche Maßnahmen auf EU-Ebene zu	4

Flash-Eurobarometer
Herausforderungen und Prioritäten der EU

verwalten	
Es sind keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich	5
Weiß nicht	998

FRAGEN ZUR DISINFORMATION

F 13 Wie oft sind Sie in den letzten sieben Tagen online auf Informationen gestoßen, die Sie
(EINE ANTWORT PRO LINIE)

	Täglich oder fast täglich	Mehrmals pro Woche	Weniger häufig	Niemals	Weiß nicht	
1 Sie waren sich nicht sicher, ob es zuverlässig war.		1	2	3	4	998
2 Fälschung oder Irreführung		1	2	3	4	998
Es könnte Teil eines Versuchs eines fremden Landes oder einer fremden 3 Organisation gewesen sein, Ihre Meinung zu beeinflussen.		1	2	3	4	998

ALLE ANFRAGE

**F14 Wenn Sie online auf Informationen stoßen, die Ihrer Meinung nach falsch oder irreführend sein
könnten, was tun Sie normalerweise?**

(MUSTERVERANTWORTUNGEN MÖGLICH – ZUVERLÄSSIGKEIT 1-5)

Ignoriere es	1
Überprüfen Sie es durch Vergleich mit anderen Quellen	2
Melden Sie es der Plattform oder Website	3
Besprechen Sie es mit Freunden / Familie	4
Teilen Sie es online	5
Weiß nicht	998

ALLE ANFRAGE

**F 15 Welche der folgenden Maßnahmen sollten, falls vorhanden, priorisiert werden, um die negativen
Auswirkungen falscher oder irreführender Online-Informationen zu verringern?**

(MAX. 2 ANTWORTEN – KEINE UND DK SIND AUSSCHLIESSLICH – ZUVERLÄSSIGKEIT 1-6)

Strengere Regeln für Online- und Social-Media-Plattformen	1
Mehr Bildung und Medienkompetenz für die Bürgerinnen und Bürger	2
Unabhängigere Faktenprüfung von Online-Inhalten	3
Verschärfte Sanktionen gegen illegale Online-Inhalte und -Aktivitäten	4
Klare Kennzeichnung von KI-generierten oder manipulierten Inhalten	5

Flash-Eurobarometer
Herausforderungen und Prioritäten der EU

Mindestalter für den Zugang zu sozialen Medien	6
Es sind keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich	7
Weiß nicht	998

ALLE ANFRAGE

DX 1 Wie oft nutzen Sie Social-Media-Plattformen, um sich über aktuelle Themen oder politische Themen zu informieren?

(NUR EINE ANTWORT)

Mehrmals täglich	1
Einmal täglich	2
Mehrmals pro Woche	3
Weniger häufig	4
Niemals	5
Weiß nicht	998